



AKADEMIE-REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING

Katastrophen vor der Haustür

ab Seite 4

Aus gegebenem Anlass

Am 24. Februar 2022 begann der russische Präsident Putin einen Angriffskrieg auf die Ukraine – ein Kommentar.

Seite 3

Resilienz

Der Begriff „Resilienz“ ist allgegenwärtig. Doch was bedeutet er genau? Und kann er Maßgabe für ein zukunftsfähiges Wissenschaftssystem sein?

Seite 16

Wahlnachlese

Die Bundestagswahl 2021 ist nun eine Weile vorbei. Was bleibt, ist ein überraschend ambivalentes Bild dieses Urnenganges und seiner Folgen.

Seite 24

Blick über den See

Inhalt

KOMMENTAR

- 3** Putins Krieg in der Ukraine: Unwissen über die Stärke einer Demokratie

(NATUR-)KATASTROPHEN

- 4** Katastrophen vor der Haustür – Wie schützen wir uns?
- 7** Zeitleiste Naturkatastrophen (eine Auswahl hiesiger Beispiele)
- 8** „Kein“ Klimaschutz können wir uns nicht (mehr) leisten
- 12** „Der Klimawandel gefährdet schon jetzt tagtäglich den Frieden und die Sicherheit von Menschen“

WISSENSCHAFT

- 16** Resilienz – Neue Orientierung für das Wissenschaftssystem?

GESELLSCHAFT

- 19** Wie wird der Holocaust an israelischen staatlichen Schulen unterrichtet?
- 21** „Es scheint, dass der Holocaust das Letzte ist, was die israelische Gesellschaft noch vereint.“

POLITIK

- 24** Solitär mit vielen Kontinuitäten: die Bundestagswahl 2021

KULTUR

- 32** Holger Paetz liest der Politik die Leviten

AKADEMIE INTERN

- 28** Reaktorkatastrophe von Tschernobyl 1986 „sprengt“ (auch) Akademieplanungen
- 33** Namen – Nachrichten
- 33** Impressum
- 34** Die Akademie trauert um ihr Kuratoriumsmitglied Prof. Günther G. Goth
- 34** Neuerscheinung
- 35** Publikationen
- 36** Namen – Nachrichten



„Das Widerlegen von Schwachsinn erfordert eine Zehnerpotenz mehr Energie als dessen Produktion.“ Diese Diagnose aus dem Jahr 2013, die auch als „Brandolinis Gesetz“ bekannt ist, war auf die (damaligen) Machtverhältnisse in den italienischen Medien gemünzt. Auch wenn der Beobachtung durchaus Allgemeingültigkeit bescheinigt werden kann – auf einen im Zeitalter digi-

taler Kommunikation geführten Angriffskrieg passt sie besonders gut. Schon der Kalte Krieg bot viel Anschauungsmaterial für sowjetische Desinformationskampagnen, auf die die westlichen Verbündeten mit Gegenpropaganda reagierten. Auch damals standen die Verantwortlichen vor einem grundsätzlichen Dilemma: Jeder Versuch zurechtzurücken und zu widerlegen, verschafft der gegnerischen Kampagne zusätzliche Aufmerksamkeit. Gleichzeitig könnte es fatale Konsequenzen haben, ließe man gezielte Falschinformationen auf sich beruhen: Nicht zu reagieren, spornt den Gegner an und schürt in der eigenen Bevölkerung Verunsicherung, ein Kernziel von Desinformation.

Auch freiheitliche Demokratien bedienen sich der Desinformation, um ihre Ziele zu erreichen. Das bekannteste Beispiel ist die erfundene Behauptung des damaligen US-Außenministers Colin Powell in 2003, der Irak verfüge über Massenvernichtungswaffen. Es wäre demzufolge naiv, beim Thema Desinformation zwischen „den Guten“ und „den Bösen“ zu unterscheiden. Gleichzeitig ist die strukturelle Verzerrung der (digitalen) Propagandaschlacht offensichtlich: Autokratien unterbinden unliebsame Berichterstattung, schalten unabhängigen Journalismus aus, schotten ihre Bevölkerung ab und kontrollieren deren Zugang zu digitalen Kommunikationskanälen. Offene Gesellschaften hingegen sind strukturell schon deshalb anfälliger für gezielte Desinformation, weil sie nicht auf Repression, sondern auf die Meinungs- und Pressefreiheit und damit auf die Urteilsfähigkeit ihrer Bürgerinnen und Bürger setzen. Wir alle sind nicht nur Beobachter eines Krieges, sondern zum einen Adressaten von Falschinformationen, die schon seit Jahren vor allem aus Russland stammen. Wir sind aber auch empfänglich für ukrainische Propaganda, die die öffentliche Meinung in den Mitgliedstaaten der EU und der NATO zu beeinflussen sucht. Diese beiden Phänomene weisen hinsichtlich der verfolgten Absichten und ihrer Methoden große Unterschiede auf. Aber etwas haben sie gemeinsam: Es sind Versuche, die öffentliche Meinung zu beeinflussen und womöglich zu manipulieren. Man sollte sich vor der Fehleinschätzung hüten, für derartige Beeinflussung selbst nicht empfänglich zu sein. Auch wenn es im Sinne Brandolinis kein Allheilmittel gibt: Eine solide politische Urteilskraft nützt allemal.

Mit herzlichen Grüßen
Ihre

Prof. Dr. Ursula Münch
Direktorin der Akademie für Politische Bildung

Putins Krieg in der Ukraine: Unwissen über die Stärke einer Demokratie

Am 24. Februar 2022 begann der russische Präsident Wladimir Putin einen Angriffskrieg auf die Ukraine – ein konventioneller Krieg mit Mitteln des 20. Jahrhunderts.

Dem voraus ging die völkerrechtswidrige Annexion der Krim 2014 durch die Russische Föderation. Damit brach Moskau das von ihm unterzeichnete Budapest Memorandum von 1994, mit dem Russland die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine garantiert hatte – im Gegenzug dafür, dass Kiew insbesondere die Atomwaffen, die nach dem Zusammenbruch der UdSSR noch auf seinem Territorium lagerten, an Russland abtrat (siehe auch Linktipp). Vor seinem Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 stellte Putin bereits das Existenzrecht der Ukraine als eigenständiger Staat erneut in Frage und verkündete die Anerkennung der Volksrepubliken Donezk und Luhansk in der Ostukraine.

Angriffskrieg hat den Westen massiv geeint


Wladimir Putin nennt diesen Krieg nicht Krieg, er spricht von einer „militärischen Spezialoperation“ mit dem Ziel, die Ukraine zu „entnazifizieren und zu entmilitarisieren.“ Die Hoffnung vor allem vieler westlicher Beobachter Russlands, das primäre Interesse dieses Angriffskrieges läge in der Eroberung der Ostukraine und dem damit verbundenen direkten Landweg zur Krim, dürfte sich nach derzeitigem Stand nicht bewahrheiten. Offenbar hält Putin an seiner, auf imperialen Gedanken fußenden, Idee fest, die gesamte Ukraine einzunehmen, die Regierung in Kiew zu stürzen und ein prorussisches Regime einzusetzen. Rechtfertigung für sein militärisches Vorgehen findet der russische Präsident unter anderem in seiner Sicht über die NATO und ihre Osterweiterung. Putin versteht die NATO als Angriffsbündnis, was sie nie war, und nicht als Verteidigungsbündnis, dem eigentlichen Grund ihrer Existenz.

Doch Putin hat sich verkalkuliert: Sein Angriffskrieg hat den Westen massiv geeint, die transatlantische Gemeinschaft gestärkt und der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU einen Integrationsschub verpasst. Russland ist hingegen international weitgehend isoliert.

Der gesamte Westen und jene Staaten der internationalen Gemeinschaft, die die Invasion in der Ukraine verurteilen – mit einem historischen Ergebnis (mit 141 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 35 Enthaltungen) verabschiedete die UN-Vollversammlung im März 2022 eine entsprechende Resolution –, durchlaufen derzeit einen wichtigen Lernprozess: Diplomatie hat seine Grenzen. Es gilt, wie Bundeskanzler Olaf Scholz auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2022 sagte, „so viel Diplomatie“ anzuwenden, „wie möglich (...), ohne naiv zu sein.“

Zivilbevölkerung muss sich mit diesen Themen beschäftigen

Das bedeutet, Sicherheit im 21. Jahrhundert muss umfassend verstanden werden, d.h. zivile und militärische Maßnahmen zur Krisenbewältigung müssen notfalls ineinandergreifen, um Konflikte zu verhindern oder zu beenden. Nicht überall auf der Welt gibt es stabile Zustände und nicht überall auf der Welt trifft man auf ein Verständnis darüber, dass die Demokratie und die Diplomatie erstrebenswerte Staats- und Handlungsformen sind. Wir brauchen effiziente Streitkräfte und ja, auch Abschreckungspotential. Diese stehen komplementär zu zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren sowie den Regierungen und Verwaltungen der Einzelstaaten. Zugleich gibt es interdependente, hybride Problemstellungen: etwa die sicherheitspolitischen Herausforderungen des Klimawandels, Armut und Verteilungskonflikte sowie Geopolitik im Weltraum.

Und die Investition in Prävention und Strategiefähigkeit, um diese Krisen effizient bewältigen zu können, kostet Geld. Auch die Zivilbevölkerung muss sich mit diesen Themen beschäftigen, um demokratisches Handeln zu stärken und für die Werte einzustehen, für die unsere westliche Welt, die Charta der Vereinten Nationen, die Europäische Union stehen: allen voran für Frieden und Achtung der Menschenrechte. 

Anja Opitz

Linktipps

Audiokommentar zur historischen Einordnung von Michael Mayer unter: bit.ly/Krieg_Ukraine

Interview zum Thema: bit.ly/Ukraine_Interview_Opitz





Meckenheim, eine Stadt im Süden NRWs: Im letzten Jahr (Bilddaufnahme: 15.07.2021) wurde durch Starkregen massiver Schaden angerichtet.
© iStock/Thomas Stockhausen

Katastrophen vor der Haustür – Wie schützen wir uns?

Ramponierte Funktionsfähigkeit einer Gemeinschaft – starke Verluste oder Gefährdungen von Menschenleben, Sachwerten oder Natur – Abhängigkeit von Hilfe: Das haben Katastrophen gemeinsam. Ihre Erscheinungsformen unterscheiden sich jedoch erheblich. Was ist zu tun?

Zum Zeitpunkt der Tagung „Katastrophen vor der Haustür“¹ war es noch nicht klar, dass wenige Tage später der Krieg in der Ukraine ausbrechen und ein weiteres Katastrophenszenario hervorrufen würde. Norbert Gebbeken, Präsident der Bayerischen Ingenieurekammer-Bau, hatte bei der Tagung auf eine andere drohende Extremsituation hingewiesen: „In Deutschland werden die Erdbebengebiete vergrößert. Erdbebenanalysen müssen in die politische Diskussion“, sagte er. Die japanerfahrene THW-Vizepräsidentin Sabine Lackner bestätigte diesen Hinweis. Sie zeigte anhand verschiedener Krisenfälle die Praxis des Katastrophenschutzes auf.

Die Auswirkungen des Klimawandels seien bereits erheblich zu spüren, wie das verheerende Hochwasser im Westen Deutschlands im Sommer 2021 auf drastische Art gezeigt hat. Lackner betonte aber: „Das nationale Hilfeleistungssystem steht auf stabil“. Die Grundlage dafür seien die vielen Ehrenamtlichen. Man müsse aber sehen, dass das Ehrenamt auf Unterstützung durch andere Strukturen angewiesen ist: Familie und Freunde, Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber.

Christian Bernreiter sprach in seiner Funktion als Landrat von Deggendorf und Präsident des Bayerischen Landkreistages über seine Erfahrungen bei der

¹ Die Tagung „Katastrophen vor der Haustür. Wie schützen wir uns vor dem Ernstfall?“ war eine Kooperation mit der Bayerischen Ingenieurekammer-Bau. Siehe auch den Bericht auf der Akademie-Website unter: <https://www.apb-tutzing.de/news/2022-03-01/naturkatastrophen-katastrophenschutz-praevention-hochwasser-braende>



Bewältigung der Flutkatastrophe im Jahr 2013 (kurz nach der Tagung wurde Bernreiter zum Bayerischen Staatsminister für Wohnen, Bau und Verkehr ernannt).

Lernerfahrungen

Um für einen Katastrophenfall gewappnet zu sein, hieße es „üben, üben, üben“. Wichtig sei, dass sich alle im Krisenstab untereinander kennen. Während einer Krise müsse man versuchen, „vor der Lage zu sein“. Dazu gehöre, „lieber zu früh als gar nicht entscheiden“, sagte Bernreiter. Wichtig sei es, mit den Medien offen zu kommunizieren und Präsenz zu zeigen, „sonst läuft es aus dem Ruder“. Was man nach der Krise nicht übersehen dürfe: Viele Menschen sind durch das schlimme Erlebnis berufsunfähig geworden und auf Psychopharmaka angewiesen. Zudem sei eine erhöhte Zahl von Ehescheidungen und Suiziden festzustellen gewesen. „Das sind entscheidende Dinge, die man nicht übersehen darf“, so Bernreiter.



Christian Bernreiter über Entscheidungen im Katastrophenfall

Auf den „Faktor Mensch“ ging auch Thomas Nindl ein. Er ist stellvertretender Vorstandsvorsitzender des Arbeiter-Samariter-Bund Regionalverbands München/Oberbayern. Die Ressource Mensch im Katastrophenschutz und bei den Rettungsdiensten sei rar. Wir müssen Menschen finden, die mitarbeiten, die sich in Gefahr begeben – wo es auch zu traumatischen Erlebnissen kommen kann. Man dürfe nicht sparen bei der Ausrüstung und an der Nachsorge von Menschen, die an psychisch schwierig zu verarbeitenden Einsätzen teilgenommen hätten. Außerdem brauchen die Helfer Planungssicherheit für ihre Freizeit. „Wenn ich frei habe, habe ich frei. Das ist aber nicht Realität“, so Nindl.

Der Bundestagsabgeordnete Leon Eckert (Bündnis 90/Die Grünen) sieht beim Thema Katastrophenschutz drei Dimensionen: Zunächst sei es wichtig, einen ganzheitlichen Ansatz zur Katastrophenprävention zu verfolgen. Dazu gehöre insbesondere der Klimaschutz. Zweitens müssten resiliente Strukturen vorhanden sein, um auf Katastrophenfälle vorbereitet zu sein. Schließlich ginge es um den konkreten Katastrophenschutz, mit dem Gefahren abgewehrt werden.

Neue Formen für das Ehrenamt

Eckert verwies auf den Koalitionsvertrag der Ampel-Koalition, der eine Aufwertung des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe vor-

sieht. Er regte an, neue Formen des ehrenamtlichen Engagements freizusetzen, zum Beispiel unter Nutzung digitaler Medien.



Manfred Ländner, MdL: Bürger für mehr Eigenverantwortung sensibilisieren



Leon Eckert, MdB: Ganzheitlicher Ansatz zur Prävention
© Bures (APB)

Auch der stellvertretende Vorsitzende des Innenausschusses des Bayerischen Landtags Manfred Ländner (CSU) plädierte für stärkere Anreize, Ehrenamtliche zu gewinnen. Das Ehrenamt habe sich in Katastrophenfällen, auch in der Pandemie, hervorragend bewährt. „Warum honoriert man dies nicht mit Rentenpunkten?“, fragte Ländner. Die Hochwasserkatastrophe im Ahrtal habe dazu geführt, dass sich die Gesellschaft dem Katastrophenschutz wieder stärker widmet. Es sei zudem wichtig, die Bürgerinnen und Bürger für mehr Eigenverantwortung für den Katastrophenschutz zu sensibilisieren, so Ländner.

Wie viel Staat, wie viel Eigeninitiative?

„Das Zusammenspiel von Staat und Eigeninitiative beim Schutz vor Katastrophen ist vielfältig und überall nötig. Jeder muss selbst vorsorgen und etwas tun“, sagte Jochen Stein, der Leiter der Berufsfeuerwehr in Bonn.² „Wir brauchen immer beides, den Staat und die Eigeninitiative“, sagte Stein, der auch Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren beim Deutschen Städtetag ist. „Der Staat kann und muss das fördern und dabei immer auch konsequent bleiben“, sagte der studierte Maschinenbauer. Es müsse transparent sein, was der

Staat macht und was aber auch nicht. Dabei plädierte Stein für starke dezentrale Strukturen vor Ort mit starker zentraler Koordination.

Auf die Frage, was eigentlich das Grundgesetz bei Katastrophen oder beim Klimawandel mache, antwortete Thomas Kingreen, Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, Sozialrecht und Gesundheitsrechts an der Universität Regensburg: „Es gilt.“

Grundrechte und Katastrophenschutz

Freiheit setze immer Risiko voraus. Wenn behauptet würde, Klima- und Katastrophenschutz lasse sich in einem politischen System wie in China besser durchsetzen, so müsse man sagen: „Man kann Katastrophenschutz nicht gegen die Regeln auspielen, die unsere Gesellschaft zusammenhalten“, so Kingreen. Durch den Klima-Beschluss des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2021³ wurde deutlich: Die Grundrechte sind vor dem Hintergrund des Klimawandels als „intertemporale Freiheitssicherung“ zu verstehen. Sie sichern so grundrechtsgeschützte Freiheiten über die Zeit und verpflichten zur verhältnismäßigen Aufteilung von Freiheitschancen über die Generationen.

Konflikte bei Begrünung

Für die Bekämpfung des Klimawandels spielt das Thema nachhaltiges Bauen eine immer größere Rolle. Die Landschaftsarchitektin Katja Aufermann aus München präsentierte Beispiele für entsprechende Projekte. Sie zeigte dabei auch Konflikte auf, die entstehen: Die Begrünung von Dächern führe schon einmal zu Konflikten mit den Plänen für mehr Fotovoltaik. Die Begrünung von Fassaden stehe nicht immer in Einklang mit den Wünschen der Feuerwehr nach einer Zufahrt.



Gero Kellermann

Linktipp

Wie schützen wir uns vor Naturkatastrophen:
bit.ly/katastrophen_apb



² Hier geht es zum „Ratgeber für Notfallvorsorge und richtiges Handeln in Notsituationen“ des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe: bit.ly/Ratgeber_Notfallvorsorge_Notsituationen

³ https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2021/03/rs20210324_1bvr265618.html

Naturkatastrophen vor unserer Haustür (eine Auswahl)

Sturmflut 1962

Deutsche Nordseeküste, 340 Tote, Schaden 650 Mio. DM, etwa 6.000 zerstörte Gebäude

Heinrichsflut 1965

Nordhessen, Südniedersachsen und Ostwestfalen, 16 Tote, Schäden in dreistelliger DM- und Ostmark-Millionenhöhe

Skane-Orkan 1967

West- und Nordeuropa, mindestens 32 Todesopfer

Tornado über
Pforzheim 1968

Etwa 1.750 beschädigte Häuser und mehrere hundert Autos in Pforzheim, der größten betroffenen Stadt.
2 Tote, 200 Verletzte, Sachschaden über 100 Mio. DM

Capella-Orkan 1976

Gehörte zu den stärksten Orkanen des 20. Jahrhunderts, 82 Tote, Schaden 80 Mio. DM in Deutschland

Schneekatastrophe
1978/1979

Nord-, Mittel- und Ostdeutschland, 23 Tote (BRD 17, DDR 5), Schaden BRD: 140 Mio. DM, DDR: ca. 8 Mrd. Mark

Orkane Daria, Vivian,
Wiebke 1990

Insgesamt mindestens 193 Tote, Schaden mind. 8,1 Mrd. €

Rheinhochwasser 1993

Jahrhunderthochwasser, keine Toten, Schaden 400–500 Mio. €

Oderhochwasser 1997

114 Tote und Schaden von 330 Mio. € in Deutschland

Orkan Lothar 1999

Süddeutschland, höchste Sturmschäden der jüngeren europäischen Geschichte, größter bekannter Forstschaden in Mitteleuropa, schwerster Sturm seit 1876, 110 Tote, Schaden etwa 11,5 Mrd. €, einer der weltweit teuersten Stürme der letzten 50 Jahre

Hochwasser 2002

24 Tote, Schaden etwa 21,1 Mrd. €

Orkan Jeanett 2002

Stärkster Orkan seit Lothar, 47 Tote, 1,7 Mrd. € Schaden

Hitzewelle 2003

Eine der opferreichsten Naturkatastrophen der vorhergegangenen 40 Jahre weltweit und eines der wichtigsten jüngeren meteorologischen Phänomenen Europas, 45.000–70.000 Tote europaweit, davon 9.000 in Deutschland.
Insgesamter Schaden von geschätzten 13 Mrd.USD

Alpenhochwasser 2005

Mind. 30 Tote, Schaden um die 4 Mrd. €

Orkan Kyrill 2007

Böen Windgeschwindigkeiten bis zu 225 km/h, Schaden etwa 10 Mrd. USD, davon 5,5 Mrd. in Deutschland, 47 Tote
Über eine Million Menschen waren zeitweilig ohne Strom.

Orkan Sabine 2020

13 Tote, Schaden noch unbekannt

Flutkatastrophe 2021

Mind. 220 Tote, davon mindestens 184 in Deutschland
Gemessen an der Opferzahl die schwerste Naturkatastrophe in Deutschland seit der Sturmflut 1962. Schaden noch unklar, laut ersten Einschätzungen 54 Mrd. USD.

Sophia Maier
Luisa Waschke



„Kein Klimaschutz“ können wir uns nicht (mehr) leisten

Es gehört nicht zu den Tugenden unserer Spezies, dass oft erst dann gehandelt wird, wenn es zu spät und die Katastrophe nicht mehr abwendbar ist. Direkte Betroffenheit scheint Grundvoraussetzung dafür zu sein, den Ernst der Lage zu erfassen. Wenn man allerdings bereits betroffen ist, ist keine Zeit mehr für Prävention. Mit der Klimakrise verhält es sich – leider – ganz ähnlich.



Bei der Flutkatastrophe im Ahrtal kamen 2021 zahlreiche Menschen ums Leben, es entstand massiver Schaden, dessen Ausmaß sich auch zwei Monate danach (Zeitpunkt der Bildaufnahme) aus den Bildern ablesen lässt. Inwieweit Klimawandel und Fluten wie die an der Ahr zusammenhängen, zeigt eine Studie, auf die der Deutschlandfunk verweist, siehe Linktipp.

© iStock/J-Picture

Der Klimawandel und der damit einhergehende ökologische Kollaps rücken mit jeder Naturkatastrophe näher. Die Auswirkungen des Klimawandels sind nicht mehr irgendwo in der Südsee spürbar, sondern direkt vor der eigenen Haustür. Seitdem Extremwetterereignisse wie Fluten und Starkregen auch in Deutschland keine Seltenheit mehr sind, fällt das Argument, wir wären vom Klimawandel nicht betroffen und sehen keine Dringlichkeit zum Handeln, in sich zusammen. Die Folgen des Klimawandels zu bekämpfen wird zur existenziellen Notwendigkeit, um die natürli-

chen Lebensgrundlagen zu bewahren. Der Jahrzehnte-alte Vorwand, dass Klimaschutz zu teuer sei, wird von der nüchternen Erkenntnis abgelöst, dass man es sich schlichtweg nicht mehr leisten kann, keinen Klimaschutz zu betreiben.

In den letzten 50 Jahren verzeichnen wir einen ansteigenden Trend bei der Anzahl von Naturkatastrophen. Laut der Münchner Rück Stiftung beliefen sich die Gesamtschäden von Naturkatastrophen weltweit in 2021 auf 280 Mrd. USD. Hierzu zählen u. a. me-

eteorologische Ereignisse wie Stürme, aber auch klimatologische Ereignisse wie Hitzewellen, Dürren und Waldbrände. Diese volkswirtschaftlichen Schäden verursachten nicht nur Rekordkosten für die Versicherer, die Naturkatastrophen kosteten ca. 10.000 Menschen ihr Leben. Die Sturzflut im Ahrtal und Umgebung im Sommer 2021 forderte allein schon 228 Todesopfer. Bei den Überschwemmungen handelt es sich um die teuerste Naturkatastrophe aller Zeiten in Deutschland. Die Gesamtschäden beliefen sich auf 54 Mrd. USD, versichert waren davon lediglich 13 Mrd. USD.

Extremwetterereignisse werden wahrscheinlicher

Was hat all dies mit dem Klimawandel zu tun? Ein Hitzerekord jagt den nächsten. Das Jahr 2020 war das bisher zweitwärmste Jahr in Deutschland mit einer Mitteltemperatur von 10,4 °C. Die sieben wärmsten Jahre seit Beginn der Wetteraufzeichnungen 1881 liegen alle im 21. Jahrhundert. Die sechs wärmsten Jahre folgten direkt aufeinander.

Durch das wärmere Klima erhöht sich nicht nur die Wahrscheinlichkeit für länger anhaltende Hitzeperioden. Extremwetterereignisse werden wahrscheinlicher. Die Erderwärmung beeinflusst den „Jet Stream“, der zunehmend instabil wird und das Wetter beeinflusst, indem Luftmassen sich tendenziell langsamer bewegen. Ergebnis hiervon ist, dass neben Starkregen und Sturzfluten auch Dürren vermehrt in Deutschland zu beobachten sind. Eine beispielhafte Folge hiervon ist, dass die zunehmende Austrocknung von Ackerland zu rückläufigen Erträgen für die Getreideernte führt, was im Umkehrschluss die Lebensmittelpreise in die Höhe treibt.

Umweltkatastrophen sind nur ein Vorgeschmack auf die Kosten, die auf kommende Generationen zukommen, wenn wir „wie bisher“ weitermachen. Eine aufgeheizte Atmosphäre, saure Ozeane, ausgelaugte Böden, Nitrat-verseuchtes Grundwasser oder sinkende Grundwasserspiegel sind nur Beispiele für das Erbe, was wir hinterlassen, wenn sich unsere Art des Wirtschaftens und unsere moderne Lebensweise nicht ändern.

Obwohl die Faktenlage um die Ursachen und die langfristigen Kosten des Klimawandels seit Jahren bekannt sind, kreisen die öffentlichen Debatten immer noch um die Frage, ob man sich Klimaschutz leisten kann oder will. In der Vergangenheit bis in die Gegenwart haben kurzfristige ökonomische Interessen einen effektiven Klimaschutz verhindert. Zu allem Übel geht die Trägheit unserer Verhaltensmuster über die ökonomische Dimension hinaus: Die Diskussion um

das Tempolimit im Zuge der Bundestagswahl 2021 hat beispielhaft gezeigt, dass Klimaschutz immer noch als eine Art Luxus betrachtet wird, auf den man gut verzichten kann, wenn er mit dem persönlichen, subjektiven Freiheitsbegriff nicht vereinbar ist.

Eine Dekarbonisierung der Wirtschaft geht mit immensen Kosten einher, dies ist nicht zu bestreiten. Eine Antriebs- und Verkehrswende als auch ein massiver Ausbau der Solar- und Windenergie wird die Branchen, die auf den fossilen Energieträgern beruhen, hart treffen. Arbeitsplätze werden wegbrechen, Unternehmen verschwinden. Allerdings verursacht diese Transition in der kurzen Frist geringere Kosten im Vergleich zu den Kosten, die der Klimawandel in der langen Frist erzeugt.

Im Moment sieht alles danach aus, dass die späteren Generationen die langfristigen Kosten für die Anpassung an den Klimawandel tragen werden. Dazu gehören das Errichten von Deichen und Dämmen, aber auch Verteilungskämpfe für Wasser, Nahrung, und Ressourcen. Der Klimawandel wird bereits existierende Konflikte verschärfen und neue erzeugen. Zwischen dem Globalen Norden und dem Globalen Süden, aber auch innerhalb der reichen Industriegesellschaften. Es wird um die Frage von Krieg und Frieden gehen.

Bundesverfassungsgericht: Klimaschutzgesetz von 2019 ist unzureichend

Bereits jetzt ist der Generationenkonflikt zwischen Jung und Alt voll im Gange. Die Pariser Klimaziele, einen Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur wie geplant auf deutlich unter zwei Grad und möglichst auf 1,5 Grad zu begrenzen, sind außer Reichweite, wenn wir wie bisher wirtschaften und unseren Lebensstil nicht ändern. Wir steuern auf die Klimakatastrophe zu, deren Schäden nicht abzuschätzen sind. Das Bundesverfassungsgericht hat im letzten Jahr festgestellt, dass das Klimaschutzgesetz von 2019 unzureichend ist, die notwendigen Emissionsreduktionen, die zum Erreichen der Klimaziele erforderlich sind, umzusetzen. Dies geht auf Kosten der Freiheitsrechte der kommenden Generationen und ist somit verfassungswidrig. In anderen Worten: Klimaschutz hat Verfassungsrang.

Wie bereits erwähnt, an Erkenntnissen um die Ursachen und Folgen des Klimawandels mangelt es uns nicht. Was aus diesem Wissen gemacht werden soll, welche Maßnahmen gewählt und wie diese umgesetzt werden sollen, daran hapert es gewaltig. Oft entsteht der Eindruck einer gesell-

schaftlichen Lähmung und Paralyse angesichts der fatalen Folgen des Klimawandels. Oder ist es eher die Angst vor Veränderung, welche die Prokrastination des Problems fördert? Wieviel Umweltkatastrophen und Kriege braucht es noch für die Umsetzung notwendiger Maßnahmen?

Es braucht einen gesamtgesellschaftlichen Konsens, um Verhaltens- und Konsummuster nachhaltig zu ändern. Einige sprechen gar von der Notwendigkeit einer Kulturwende hinsichtlich neuer Verständnisse von Wohlstand sowie eine längst fällige Überwindung alter Statussymbole: Was bedeutet „gutes Wohnen“? Definiere ich mich über das Auto, das ich fahre? Muss ein „richtiges“ Essen immer Fleisch beinhalten? Ist man erst „angekommen“, wenn man sich mindestens einmal im Jahr die Fernreise mit dem Flugzeug leistet?

Die Optimisten sehen in diesem Zusammenhang die Klimakrise als einen wirtschaftlichen Wachstumsmotor für neue Geschäftsmodelle, die auf eine Dematerialisierung des Konsums abzielen und den Fokus auf die Dienstleistungen legen. Begriffe wie „grünes Wachstum“ und „Kreislaufwirtschaft“ sehen die Lösungen zur Bekämpfung des Klimawandels innerhalb des kapitalistischen Systems. Andere sind eher skeptisch und propagieren Modelle eines Postwachstums („Degrowth“). Ob der ein oder andere Weg zur Eindämmung der Klimakrise beschritten wird, eines ist gewiss: An einer Umverteilung wird kein Weg vorbeiführen, um diese Transition zu finanzieren und abzufedern, wo die sozialen Härten sind. Ohne Verzicht wird es ebenso nicht gehen, den Ressourcenverbrauch nachhaltig zu reduzieren, allem technischen Fortschritt und Effizienzgewinnen zum Trotz („Rebound-Effekt“). An diesen unbequemen Wahrheiten führt kein Weg vorbei.

Wenn der politische Mut bei den gewählten Entscheidungsträgern fehlt, diese unbequemen Wahrheiten anzusprechen, hat die Demokratie ein ernsthaftes Problem. Angemessene Antworten auf die Klimakrise werden Gewinner und Verlierer in unserer Gesellschaft erzeugen, wie auch immer der ausgehandelte Kompromiss zwischen den unterschiedlichen Interessensgruppen aussieht. Zielkonflikte und Dilemmata werden unausweichlich sein. Man denke nur an die Diskussion um Atomkraft und Gas als sogenannte „Brückentechnologien“ (Stichwort Taxonomie-Debatte auf EU-Ebene). Es gilt sich von mächtigen Lobbyinteressen zu emanzipieren, welche uns in die jetzige Pfadabhängigkeit geführt haben. Ein weiteres Beispiel für die fehlende Prioritätensetzung durch die Politik beim Thema Energiewende zeigt sich beim schleppenden Ausbau der Windkraft in Bayern. Ob es die 10H-Regelung ist oder der Arten-

schutz, Dilemmata wird es immer geben. Den notwendigen Abwägungen aus dem Weg zu gehen, weil man es allen Recht machen will, davor wird der Klimawandel nicht Halt machen.

Kann es die Politik angesichts dieser Mammutaufgabe aus eigener Kraft schaffen? Braucht es hier nicht den entsprechenden Druck einer aufgeklärten Öffentlichkeit, die bereit ist, die notwendigen Veränderungen mitzutragen? Der öffentliche Druck müsste so groß werden, dass die Politik es sich nicht mehr leisten kann, im Status Quo zu verharren und vor notwendigen Maßnahmen zurückzuschrecken. Bewegungen wie „Fridays for Future“ zeigen, wie entscheidend ein kollektives Problembewusstsein ist, um Menschen zu mobilisieren und gesellschaftlichen Druck zu erzeugen. Auch die politische Bildung kann hierbei einen wertvollen Beitrag leisten.

Krisen halten uns den Spiegel vor

Sei es die Corona-Pandemie oder der Krieg in der Ukraine, solche Schocks können wir als Chance nutzen, die ökologische Transformation ernsthaft anzugehen. Dass unsere Energiesicherheit zu sehr von Russland abhängig ist, weiß man schon länger. Trotzdem wurde diese Abhängigkeit durch einen schleppenden Ausbau der Erneuerbaren Energien nicht reduziert, sondern sogar noch vergrößert. Es stimmt mehr als nachdenklich, wenn ein russischer Angriffskrieg nicht Anlass genug ist, sich aus der fossilen Abhängigkeit zu befreien und akute Emissions-reduzierende Maßnahmen zu ergreifen. Selbst für ein Tempolimit auf deutschen Autobahnen oder für verkehrsfreie Sonntage reicht es leider noch nicht aus, ganz im Gegenteil: Die höheren Benzinpreise an der Zapfsäule werden nicht als willkommener Anreiz gesehen, das Mobilitätsverhalten grundlegend zu ändern. Durch die staatliche Subventionierung wird nicht nur die Lenkungs-funktion der Preissignale ausgesetzt, das Status Quo-Verhalten wird zementiert. Dass wir dadurch sogar noch mehr Geld in die russische Staatskasse spülen und Mineralölkonzerne noch größere Profite einfahren können, sei mal dahin gestellt.

Diese Krisen – und noch vielmehr unsere Reaktionen darauf – halten uns den gesellschaftlichen Spiegel vor, wie ernst (oder auch nicht) wir es mit dem Klimaschutz meinen. Für die politische Bildungsarbeit gibt es noch viel zu tun.



Giulia Mennillo

Linktipp

Der Deutschlandfunk: Klimawandel, Flut an Ahr und Erft – und die Frage nach dem Verschulden – eine Studie gibt Antworten.
bit.ly/deutschlandfunk_Klimawandel_und_Schuldfrage





© JAN TOMASCHOFF/TOONPOOL.COM



© MESTER

„Der Klimawandel gefährdet schon jetzt tagtäglich den Frieden und die Sicherheit von Menschen“

Das Thema Klima und Sicherheit ist längst zur Frage von Krieg und Frieden geworden und stellt die internationale Staatengemeinschaft vor neue Herausforderungen. Umweltkatastrophen und Ernährungsunsicherheit sind unmittelbare Folgen des Klimawandels, die hohes Konfliktpotential mit sich bringen. Die Denkfabrik adelphi berät unter anderem Politikerinnen und Politiker, internationale Organisationen sowie Ministerien in verschiedenen Ländern zum Thema Klimasicherheit. Zu den Schwerpunkten gehören integrierte Strategie- und Programmentwicklungen auf der Basis von Klimasicherheitsanalysen.



In Mopti (Mali) am 31. Dezember 2010: Blick auf den Fluss und das landwirtschaftliche Bewässerungssystem in der Stadt Mopti. Der westafrikanische Binnenstaat Mali arbeitet vielerorts mit einfachen und lokal herstellbaren Kleinbewässerungsanlagen.

© iStock/piccaya

Im Interview erklärt Hannah Elisabeth Kurnoth, Consultant für Klimadiplomatie und Klimasicherheit, wie sich der Klimawandel auf die internationale Sicherheit auswirkt und warum fragile Staaten und vulnerable Gruppen davon besonders betroffen sind.

Ganz grundsätzlich: Welcher Zusammenhang besteht überhaupt zwischen dem Klimawandel und kriegerischen Auseinandersetzungen oder Konflikten?

Hannah Elisabeth Kurnoth: Es gibt keinen direkten kausalen Zusammenhang zwischen Klimawandel und kriegerischen Auseinandersetzungen. Dennoch gibt es viele indirekte Zusammenhänge und der Klimawandel ist ein zentraler Kontextfaktor für das Entstehen und Überwinden von Konflikten. Unser Verständnis der Zusammenhänge hat sich in den vergangenen 10 bis 15 Jahren erheblich verbessert. Wir haben uns zu der etwas komplexeren Frage bewegt, wann, wo und wie der Klimawandel zu mehr Konflikten und Unsicherheiten beiträgt. Der Klimawandel führt nicht überall automatisch zu mehr Konflikten, sondern das hängt sehr stark vom Kontext ab. Er gefährdet Lebensgrundlagen und natürliche Ressourcen und ist damit ein Katalysator für bestehende Ungleichheiten und Konflikte.

Wen treffen die Auswirkungen des Klimawandels besonders?

Der UN-Generalsekretär [Antonio Guterres, Anm. d. Redaktion] hat kürzlich gewarnt, dass die Regionen, die am stärksten vom Klimawandel betroffen sind, auch unter Unsicherheit, Armut, schwachen Regierungen und Terrorismus leiden. Von den 15 Ländern, die den Klimarisiken am stärksten ausgesetzt sind, sind in acht friedenserhaltende oder politische Sondermissionen der Vereinten Nationen aktiv. Ein Beispiel ist Mali, wo Ernährungsunsicherheit und Konflikte um knappe Ressourcen zwischen Gruppen mit unterschiedlichen Lebensgrundlagen große Themen sind. Aufgrund schwindender Lebensgrundlagen und mangelnder staatlicher Unterstützung schließen sich manche Menschen bewaffneten Oppositionsgruppen an. Zudem kommt es immer öfter zu Konflikten zwischen Landwirten und Viehzüchtern, die um knappes fruchtbares Land und Wasser konkurrieren müssen. Gerade in Afrika sind die Risiken so eng miteinander verflochten, dass es schwierig ist, die Gründe dafür zu trennen.

Alleine im vergangenen Jahr wurden mehr als 30 Millionen Menschen durch klimabedingte Katastrophen vertrieben und 90 Prozent der Flüchtlinge kommen aus Ländern, die zu den anfälligsten für die Auswirkungen des Klimawandels gehören und am wenigsten in der Lage sind, sich den Auswirkungen anzupassen. Dazu gehören häufig marginalisierte Gruppen, die sowieso schon benachteiligt werden. Ungerech-

erweise sind das also nicht dieselben Menschen, die den Klimawandel verursachen. Deshalb ist das Thema Klimasicherheit auch eng verbunden mit Fragen der „climate justice“, also Klimagerechtigkeit.

Wenn wir schon von marginalisierten Gruppen sprechen: Gibt es auch Unterschiede, wie stark die jeweiligen Geschlechter betroffen sind?

Ja, das stellt sogar ein eigenes Forschungsfeld dar. Dass vor allem Frauen und Mädchen betroffen sind, ist auf vielen Ebenen spürbar. Zum einen hängt das von der Struktur der Gesellschaften ab und wie sie in bestimmten Ländern funktionieren. Welche Rolle spielen Frauen und Männer, was sind ihre gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, politischen Aufgaben, Rechte und Pflichten?



Hannah Elisabeth Kurnoth
© PicturePeople/ Hannah Kurnoth

Als Beispiel können wir in den Norden Nigerias schauen. Hier sind traditionell junge Männer für die Viehzucht verantwortlich. Häufig stellen zum Beispiel die Rinder das Vermögen der Familie dar. Auf diesen Männern lastet deshalb großer Druck, den gesellschaftlichen und familiären Männlichkeitsvorstellungen nachzukommen und ihr Vermögen, also das Vieh, zu schützen. Bestehende Konfliktdynamiken werden in

dem Moment zusätzlich verschärft, wenn für die Rinder durch die Auswirkungen des Klimawandels weniger Grasland und weniger Wasser zur Verfügung steht. Dabei kommt es oft zu Gewalt zwischen jungen Hirten und Frauen in Bauerngemeinschaften. Hirten dringen nach Angaben der Bäuerinnen eher ins Ackerland ein, wenn eine Frau anwesend ist. Das gleiche gilt für Wasserstellen, wenn Frauen Wasser holen, während gleichzeitig das Vieh getränkt wird. Insbesondere sexuelle Gewalt und Vergewaltigung werden hier verübt. Diese Angriffe gegen Frauen verschärfen Konflikte, denn die gesellschaftlichen Normen zwingen Männer zur Vergeltung, wenn „ihre Frauen“, also Frauen aus der eigenen Familie, angegriffen wurden. Zudem ist es so, dass Frauen erhöhten Sicherheitsrisiken ausgesetzt sind, wenn sie aufgrund des Klimawandels längere Wege zur Beschaffung von Wasser oder Feuerholz auf sich nehmen müssen. Das bedeutet auch, dass weniger Zeit für einkommensgenerierende Aktivitäten oder Bildung bleibt.

Wir haben schon über kriegerische Auseinandersetzungen gesprochen. Haben Sie ein konkretes Beispiel, wo der Klimawandel einen solchen Konflikt verschärft hat?

Die Auswirkungen des Klimawandels sind vor allem in fragilen Staaten gefährlich, weil sie da schneller kriegerische Auseinandersetzungen auslösen. Ein Beispiel ist der Arabische Frühling. In den betroffenen Ländern haben hohe Nahrungsmittelpreise und Ernährungsunsicherheit die Unzufriedenheit mit den Regimen verstärkt und zu Demonstrationen und Protesten geführt. In manchen Ländern, wie Syrien, sind diese in einen Bürgerkrieg gemündet. Aber auch überall, wo wir mit Gruppen wie Boko Haram konfrontiert sind, ist der Klimawandel besonders gefährlich. Er entzieht den Menschen die natürlichen und materiellen Lebensgrundlagen, was sie empfänglicher macht, sich solchen terroristischen Gruppen anzuschließen.

„Eine konkrete Maßnahme wäre, dass wir uns in Deutschland neu oder anders strukturieren“

Hannah Elisabeth Kurnoth

Das klingt, als wären hauptsächlich Entwicklungsländer von den sicherheitspolitischen Folgen des Klimawandels betroffen. Was ist mit Deutschland und Europa?

Bei den Auswirkungen auf Deutschland und Europa handelt es sich zum einen um Migration aufgrund des Klimawandels. Das darf man auf keinen Fall unterschätzen. Wobei ich persönlich der Meinung bin, dass Migration auch eine große Chance ist, voneinander zu lernen. Des Weiteren sind manche Länder wirtschaftlich stark von fossilen Brennstoffen abhängig. Da wir uns langfristig zu regenerativen Energien hinbewegen, werden diese Länder für die Weltwirtschaft und unser multilaterales System weniger wichtig. Das hat geopolitische Folgen. Diese Veränderungen müssen wir mitdenken und als internationale Gemeinschaft begleiten, um Konflikten vorzubeugen. Auch unser Lebensstil wird davon betroffen sein, wobei das weniger Klimasicherheit, sondern mehr der Klimawandel im Allgemeinen ist. Aber das Thema kommt immer mehr in der Politik an. Auf der Klimakonferenz in Glasgow im November war Klimasicherheit zum ersten Mal ein besprochener Themenbereich.

Auch sehr interessant in Bezug auf die internationale Zusammenarbeit ist, welche Rolle China und Russland spielen, die oftmals Resolutionen zur Klimasicherheit im UN-Sicherheitsrat verhindern.

Der Sicherheitsrat, so wie er jetzt besteht, wird zu recht kritisiert. Er gibt genau diesen Ländern mit ihrem Vetorecht eine große Entscheidungsgewalt. Ich bin trotzdem davon überzeugt, dass in den nächsten Jahren eine Resolution verabschiedet wird. Die Länder merken, dass sie das Thema nicht ewig auf die lange Bank schieben können. Ein starkes Bündnis von sogenannten „like-minded states“ ist dafür erforderlich. Sie müssen gemeinsam Lobbyarbeit betreiben gegenüber Russland, China und Indien, die sich vor allem querstellen, weil sie den Klimawandel nicht als sicherheitspolitisches Thema betrachten, sondern die Verantwortlichkeit in anderen Formaten sehen. Wobei Deutschland dem auch stark widerspricht und ich bin sehr froh, dass unsere Außenministerin das jetzt so stark aufgreift.

Da Sie Annalena Baerbock erwähnen, was können denn Regierungen oder die Vereinten Nationen unternehmen, um die Auswirkungen des Klimawandels abzumildern?

Es könnten Klimadaten und Aspekte der Klimasicherheit in allen Bereichen von Analyse und Strategie Einklang finden. Sei es in der Verteidigung, in der Diplomatie oder auch in der Entwicklungspolitik. Es muss klar sein, dass eine solide und umfassende Analyse die Auswirkungen des Klimawandels mitdenkt. Hier spielt die ressortübergreifende Verantwortlichkeit eine wichtige Rolle. Denn durch das aktuelle Ressortprinzip fühlt sich häufig kein Ministerium wirklich für die sicherheitspolitischen Auswirkungen des Klimawandels verantwortlich. Eine konkrete Maßnahme wäre, dass wir uns in Deutschland neu oder anders strukturieren, damit Themen wie Klimasicherheit nicht zwischen den Ressorts untergehen. Auch eine bessere Vernetzung zwischen den Ministerien könnte helfen. Man könnte außerdem Klimasicherheitsexpertinnen und -experten in UN-Missionen einsetzen. Das gibt es bisher einmal in Somalia, was vor Ort ganz gut funktioniert. Der UNSOM Berater für Umwelt- und Klimasicherheit arbeitet über die Missionen, Organisationen, Fonds und Programme der Vereinten Nationen hinweg, um die politischen Bemühungen der somalischen Regierung zu koordinieren und zu unterstützen sowie Forschung und Erkenntnisse über die Zusammenhänge zwischen Klima und Sicherheit bereitzustellen. Das ist angesichts der gravierenden Auswirkungen des Klimawandels auf die Bevölkerung in Somalia besonders wichtig.


Wenn wir die sicherheitspolitischen Gefahren des Klimawandels kennen und es auch Lösungsansätze gibt, warum werden keine konsequenteren Maßnahmen ergriffen?

Das hat vor allem systemische Ursachen. Die Horizonte, in denen sich Klimaprognosen bewegen, sind kurzzeitig vielleicht zwischen 10 und 20 Jahre

und langfristig 50 bis 100 Jahre. Diese Zeitspannen passen nicht mit dem Entscheidungshorizont von Politikerinnen und Politikern zusammen, die wiedergewählt werden möchten. Also müssen wir Wählerinnen und Wähler zeigen, dass uns diese längere Perspektive nicht egal ist. Wir müssten mehr dazu bereit sein, heute auf Dinge zu verzichten, damit ein friedliches Morgen möglich ist. Teil meiner Arbeit ist es deshalb auch, Klimadaten so zu übersetzen, dass Entscheiderinnen und Entscheider schon heute sehen, warum es wichtig ist, jetzt etwas zu tun. Prävention ist viel klüger als reaktives Handeln – aber leider in der Politik nicht so beliebt. Am Ende wird man nicht gewählt, weil etwas nicht passiert ist, sondern aufgrund von guten Reaktionen.

Wie schätzen Sie persönlich die Lage ein? Gibt es noch Hoffnung?

Ich würde diesen Job nicht machen, wenn ich nicht absolut hoffnungsvoll wäre. Ich bin positiv gestimmt, dass wir auf einem guten Weg sind. Der Klimawan-

del hat schon begonnen. Wir befinden uns gerade am Anfang der Skala, die nach oben offen ist. Unsere Aufgabe ist es jetzt, einen Aufstieg in dieser Skala so gut wie möglich zu stoppen. Wir müssen alle gemeinsam lernen, mit den Herausforderungen umzugehen, vor die uns der Klimawandel stellt. Was bei uns im globalen Norden noch nicht so richtig angekommen ist: Der Klimawandel gefährdet schon jetzt tagtäglich den Frieden und die Sicherheit von Menschen. Das lässt sich nicht so einfach ändern, wie man sich das wünschen würde, und auch nicht so schnell, wie man es bräuchte. Das liegt daran, dass es noch Jahre dauern wird, bis wir hier an einem ähnlichen Punkt sein werden. Es stimmt mich aber hoffnungsvoll, dass es nichtsdestotrotz ein gesellschaftliches Umdenken gibt und dass sich immer mehr Menschen mit dem Thema auseinandersetzen. Gerade jüngeren Generationen scheint das Thema Klima wirklich am Herzen zu liegen und zentral für die Entscheidung zu sein, wen sie wählen. Ich hoffe, dass sich das auch auf die Politik auswirkt. 

Das Gespräch führte Sarah Bures.



zwei Männer in Betrachtung des Mondes (nach Caspar David Friedrich)

© MESTER

Resilienz – Neue Orientierung für das Wissenschaftssystem?

Der Begriff „Resilienz“ ist allgegenwärtig. Doch was bedeutet er genau? Und kann er Maßgabe für ein zukunfts-fähiges Wissenschaftssystem sein?

Bei einer Tagung in Kooperation mit dem Wissenschaftsrat diskutierten Vertreterinnen und Vertreter verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen, der Wissenschaftsverwaltung und -förderung über mögliche Neuausrichtungen des Wissenschaftssystems nach den Erfahrungen mit der COVID-19-Pandemie. Die Wissenschaft hat vielfach die Grundlage dafür geschaffen, der Pandemie und ihren Folgen erfolgreich begegnen zu können. Zugleich haben sich jedoch verschiedene Herausforderungen offenbart. So zeigte sich ein großer Nachholbedarf etwa beim digitalen Datenaustausch, der Vulnerabilität transnationaler Kooperationen sowie einer situationsgerechten Politikberatung. Kann der Begriff der Resilienz ein Schlüssel sein, dem Wissenschaftssystem neue Orientierung zu geben?

Weites semantisches Feld

„Gegenwärtig tritt der Begriff Resilienz fast schon inflationär in den Vordergrund und zwar vor allem im politischen Diskurs“, sagte Margit Szöllösi-Janze, Inhaberin des Lehrstuhls für Neueste Geschichte und Zeitgeschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität

München. Sie verwies dabei unter anderem auf den Koalitionsvertrag der Ampel-Koalition und das „Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr“ von 2016. Szöllösi-Janze schlussfolgerte, dass die Resilienz ein weites semantisches Feld zwischen Nachhaltigkeit, Anpassung, Flexibilität und Innovation spannt. Resilienz fungiere als eine Art „catch all“-Scharnier und verkoppele viele, letztlich alle gesellschaftlichen Teilsysteme miteinander. Sie gab dabei zu bedenken, dass ein Gebrauch von Resilienz vielleicht auch als werbewirksamer begrifflicher Nebelwerfer genutzt wird, der zwar ein Bewusstsein von der Dringlichkeit weltweiter Problemlagen suggeriert, dann aber doch unverbindlich bleibt.

Erscheinungsformen der Resilienz

Im weiteren Verlauf demonstrierten Vertreter verschiedener Fachrichtungen den Gebrauch von Resilienz in ihren Disziplinen [siehe dazu auch den Bericht auf der Akademieseite, Linktipp].

Klaus Lieb, wissenschaftlicher Geschäftsführer des Leibniz-Instituts für Resilienzforschung (LIR) in Mainz, zeigte die Verwendung von Resilienz in psychologischen Zusammenhängen.

Danach liegt Resilienz in

Artenreiche Ökosysteme haben eine besonders hohe Resilienz.

© iStock/sbelov

der Aufrechterhaltung oder schnellen Rückgewinnung der psychischen Gesundheit während oder nach einer Stressorexposition. Der Volkswirtschaftler Justus Nover vom ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim sieht ökonomische Resilienz einer Volkswirtschaft als dreifache Fähigkeit: vorbereitende Maßnahmen zur Krisenbewältigung zu ergreifen, unmittelbare Krisenfolgen abzumildern und sich an veränderte Rahmenbedingungen anzupassen.

Stabil durch Unterschiedlichkeit

Die Störungsökologin Anke Jentsch von der Universität Bayreuth fragte mit Blick auf Resilienz: „Was trägt in turbulenten Zeiten?“ und sieht Resilienz als funktionelle Stabilität angesichts von Extremereignissen. Zu ihren Erkenntnissen aus der Betrachtung von Ökosystemen gehört: „In wechselnden Extremsituationen sind Gemeinschaften stabil durch die Unterschiedlichkeit ihrer Mitglieder“. Der

Informatiker Christian Reuter von der TU Darmstadt betrachte den Begriff der Resilienz aus der Perspektive der Digitalisierung. Er nahm dabei insbesondere die Abhängigkeiten von technischen Systemen wie Strom und Informations- und Kommunikationstechnik in den Blick. Resilienz bezieht sich laut Reuter auf die Fähigkeit eines Systems, Krisen zu absorbieren, sich rechtzeitig und nachhaltig von ihnen zu erholen oder durch Umgestaltung eine vergleichbare oder neue Funktionalität zu erlangen.

Resilienz als Staatsaufgabe?

Der Verfassungs- und Europarechtler Christian Calliess von der Freien Universität Berlin widmete sich der Frage, inwieweit Resilienz sogar als Staatsaufgabe verstanden werden könne. „Resilienz ist ein Begriff, der bislang keinen Eingang in das Recht, schon gar nicht in das für Staatsaufgaben relevante Verfassungsrecht gefunden hat.“ Calliess prüfte, ob sich Schnittmengen der Resilienz im geltenden Recht feststellen lassen. Er ging dabei vom Fundamentalzweck Sicherheit als Anfang aller Legitimationsgründe staatlicher Herrschaft aus. Calliess kam zu dem Ergebnis, dass sich Aspekte von Resilienz im Umweltstaatsziel von Art. 20a GG spiegeln, welches das Vorsorgeprinzip implizit verankert. Wenn Resilienz da zum Einsatz kommt, wo die Risiko- und Ressourcenvorsorge versagt (hat), kann ihr als Bestandteil der Staatsaufgabe Sicherheit eine ergänzende Rolle zukommen, resümierte Calliess.



Resilienz Erfahrungen im Hochschulbereich

Der Präsident der Hochschulrektorenkonferenz Peter-André Alt ging auf die Erfahrungen der letzten vier Corona-Semester ein. Für die Zukunft der Hochschullehre sieht Alt durch neue flexible und didaktisch variable Lehrformen eine gesteigerte Resilienz. Er konstatierte: „Mehr als 90 Prozent des Lehrangebots konnten digital erbracht werden“. Somit waren die Semester nicht verloren, sondern boten Chancen zur Neuausrichtung der Lehre. Dabei würden sich aber auch Probleme zeigen, etwa dass sich Lehrende durch die digitalen Techniken überfordert zeigen oder die Studierenden zu viel Zeit vor dem Bildschirm verbringen. Bei der Forschung entstehe Resilienz insbesondere durch Einfallsreichtum: Digitale Kommunikation führe zu einem beschleunigten Datenaustausch, Teamarbeit entwickle sich immer mehr als wissenschaftliches Prinzip und „Open Science“ ermögliche ein wettbewerbsübergreifendes Miteinander. Hinsichtlich der „Governance“ von Hochschulen beobachtet der Romanist Alt durch diese Enthierarchisierung und die Dynamisierung eine erhöhte Schnelligkeit und damit mehr Resilienz im System.

Resilienz als Zumutung

Der Generalsekretär der VolkswagenStiftung Georg Schütte gab zu bedenken, dass Resilienz für das Wissenschaftssystem auch eine Zumutung sein könne. Wissenschaft und Universität seien mit vielen Leistungserwartungen konfrontiert: Lehre, Forschung, Transfer, eine wachsende Zahl an Studierenden mit heterogenen Bildungsvoraus-



Generalsekretär Schütte: Viele Leistungserwartungen an Wissenschaft

setzungen und Ausbildungszielen. Auch müssten sie sich bei zurückgehender Bedeutung der Grundfinanzierung immer mehr dem Wettbewerb stellen. Und jetzt werde von ihnen auch noch mehr Resilienz verlangt, so der Medien- und Kommunikationswissenschaftler. Hinsichtlich einer Neuausrichtung des Wissenschaftssystems stellt er

fest: Entsprechende Diskurse in den Wissenschaftsministerien der Länder finden so gut wie nicht statt – im Gegensatz zu reinen Finanzierungsfragen.

„Was aber kann Resilienz jenseits von Zumutung leisten?“, fragte die Vorsitzende des Wissenschaftsrates Dorothea Wagner, Inhaberin des Lehrstuhls für Algorithmik am Institut für Theoretische Informatik am Karlsruher Institut für Technologie, zum Schluss der Tagung.

Reaktionsfähigkeit auf Schocks

Sie fasste zusammen:

„Es kann auch ein Vorteil sein, dass der Begriff der Resilienz mehrdeutig ist“. Wenn es bei Gebrauch des Begriffs von Resilienz nur um Aufmerksamkeitsgewinnung geht, wäre er reine Garnitur. Jedoch könne er die Augen öffnen, dass die Wissenschaft befähigt sein müsse, auf Schocks reagieren zu können. So könne Resilienz ein „Ziel zweiter Ordnung“ sein. Die „Ziele erster Ordnung“ des Wissenschaftssystems dürften dabei aber nicht in Vergessenheit geraten.



Wissenschaftsratsvorsitzende Wagner: Resilienzbegriff kann Augen öffnen.

© Waschke (APB)

Gero Kellermann

Linktipp

Wie unterschiedliche Disziplinen zur Krisenbewältigung forschen:
bit.ly/resilienz-wissenschaft



Wissenschaftsrat

Der Wissenschaftsrat ist das älteste wissenschaftspolitische Beratungsgremium in Europa und wurde am 5. September 1957 in der Bundesrepublik Deutschland von Bund und Ländern auf der Grundlage eines Verwaltungsabkommens gegründet. Er berät die Bundesregierung und die Regierungen der Länder in allen Fragen der inhaltlichen und strukturellen Entwicklung der Wissenschaft, der Forschung und des Hochschulbereichs.

Quelle: bit.ly/Über_Wissenschaftsrat

Die Akademiedirektorin Ursula Münch war von 2015 bis 2021 Mitglied im Wissenschaftsrat.



In der Remez Elementary Public School in der israelischen Stadt Kfar Saba. Wie und ab wann Kindern insgesamt der Holocaust vermittelt werden soll, ist ein vieldiskutiertes Thema in Israel.

© iStock/dnaveh

Wie wird der Holocaust an israelischen staatlichen Schulen unterrichtet?

Acht Personen sitzen um einen Tisch versammelt, es gibt Kaffee und Kuchen. Eine völlig normale Szenerie. Doch einige Jahre später leben nur noch zwei von ihnen. Die übrigen wurden während des Holocaust ermordet. Roy Weintraub von der Universität Tel Aviv nutzte das Beispiel seiner Vorfahren um während einer Tagung in Tutzing zum Thema „Holocaust as a Civic Religion? Identity, Responsibility and Values in the Young Generation Education in Israel and Germany“ auf die Bedeutung der eigenen Familiengeschichte bei der Beschäftigung mit dem Holocaust einzugehen.

Dies ist wahrscheinlich bei den meisten Holocaust-Forschern und -Forscherinnen in Israel und Deutschland gegeben. Ich erinnere mich, wie ich einst mit Roy Weintraub am Strand von Tel Aviv spazierte und wir uns darüber unterhielten, weshalb wir uns beide aufgrund unserer Familienerfahrung der Erforschung des Holocaust widmen. Dabei kam das Gespräch auch auf Berlin im Jahre 1945. Weintraubs Großvater war als Soldat der Roten Armee an der Befreiung der Stadt beteiligt. Mein Großvater, er war Kriegsberichterstatter der Wehrmacht, lag zur Zeit der Befreiung in einem Lazarett in seiner Heimatstadt Berlin...

Diese persönlichen Überlegungen führten Weintraub in der Tutzing Tagung zur Frage, wie der Holocaust in Israel unterrichtet wird. Hierbei sind vier unterschiedliche Schultypen zu unterscheiden. In den staatlichen arabischen Schulen in Israel wird der Holocaust vielfach auch in Verbindung mit der Nakba gesetzt, der Vertreibung der Palästinenserinnen und Palästinenser während des israelisch-arabischen Krieges 1948. In den Schulen der ultra-orthodoxen Juden wiederum, die nicht vom Staat Israel betrieben werden, sieht man den Holocaust regelmäßig als Strafe Gottes dafür, dass sich viele Menschen von der jüdischen Religion abgewandt hätten. Im Unterricht wird deshalb oftmals betont, dass

die Menschen während der Verfolgung in den Ghettos und Konzentrationslagern wieder zu Gott gefunden hätten, auch wenn die Realität oftmals anders aussah.

Weintraub konzentrierte seine Ausführungen vor allem auf die staatlichen säkularen und die staatlichen religiösen Schulen: Nach der Gründung des Staates Israel war es zuvorderst Ziel der Regierung, eine neue israelische Identität zu erschaffen. Der Holocaust wurde aus diesem Grunde in den staatlichen Schulen als dunkler Gegensatz zur neuen Realität im Staat Israel präsentiert. Deshalb auch hatte die Ermordung der europäischen Jüdinnen und Juden nur einen sehr kleinen Anteil an den Unterrichtsstunden zur Geschichte des Zweiten Weltkriegs. Der erste israelische Lehrplan 1954 konzentrierte sich dabei besonders auf den aktiven und passiven Widerstand von Jüdinnen und Juden in Ghettos und Konzentrationslagern, aber auch etwa auf die bewaffnete Widerstandsbewegung gegen nationalsozialistische Besatzer. Ein Lehrbuch für die staatlichen säkularen Schulen beschrieb deshalb 1959 den Warschauer Ghettoaufstand des Jahres 1943 als ein Aufbegehren, bei dem heldenhafte jüdische Kämpferinnen und Kämpfer Dutzende deutsche Soldaten erschossen, bevor sie diese in die Flucht treiben konnten. In religiösen staatlichen Schulen konzentrierte man sich vor allem auf den „Heldenmut“ von Gläubigen, etwa, wenn die Thora im Angesicht der Verfolgung unter Lebensgefahr geschützt wurde.

Eine Vielzahl an Fragen

Auch in den 1960er und 1970er Jahren nahm die Unterrichtung des Holocaust an staatlichen israelischen Schulen nur wenig Raum ein, wie Weintraub weiter ausführte. Dies änderte sich erst in den 1980er Jahren, als der Holocaust zu einer wichtigen Quelle israelischer Identität wurde. Dies war auch eine Folge der Fragmentierung der israelischen Gesellschaft in einer Zeit, in der die zionistisch geprägte Gründungsgeneration des Staates Israel eine immer weniger prägende Rolle im Land einnahm.


Erst seit den 1990er Jahren widmeten sich die Lehrpläne an staatlichen Schulen sehr intensiv dem Leid der jüdischen Menschen während des Holocaust. Doch wurde auch der Menschlichkeit im Schatten des Todes ein großer Raum gewährt. Hierzu zählte u.a. die Unterstützung von Verfolgten oder die Musikkonzerte in Konzentrationslagern. Seit den 1990er Jahren reisen zudem regelmäßig Gruppen von Schülerinnen und Schüler vor allem nach Auschwitz-Birkenau, um vor Ort über den Holocaust zu lernen.

Aktuell wird in der israelischen Gesellschaft darüber debattiert, wie die Lehrpläne an staatlichen Schulen zum Holocaust neuere Forschungsergebnisse widerspiegeln sollen. Eine Frage ist dabei etwa, ob die staatliche

Narration einer einheitlichen jüdischen Verfolgungsgemeinschaft hinterfragt werden muss und welche Gruppen von Jüdinnen und Juden bislang unberücksichtigt geblieben sind. Eine dieser marginalisierten Gruppen waren die jüdischen Menschen in Libyen, die ebenfalls vom Holocaust betroffen waren. Ihre Geschichte wurde lange vernachlässigt, da jüdische Migrantinnen und Migranten aus Nordafrika jahrzehntelang nicht als essentieller Teil der israelischen Gesellschaft anerkannt wurden. Die Öffnung des Holocaust auch für diese Gruppen steht deshalb für den Integrationsprozess dieser Menschen in die israelische Gesellschaft.

Eine weitere aktuell debattierte Frage befasst sich mit der Vergleichbarkeit des Holocaust. In der Vergangenheit wurde mit dem Hinweis auf die Singularität der Ermordung der europäischen Jüdinnen und Juden oftmals verneint, dass komparative Studien sinnvoll sein könnten. Inzwischen aber betreiben immer mehr israelische Forscherinnen und Forscher Vergleichsprojekte. Dies erscheint legitim, da ein Vergleich nicht bedeutet, dass man zwei Dinge gleichsetzt. Vielmehr sollen mit Hilfe eines Vergleichs die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen zwei historischen Entwicklungen herausgearbeitet werden. Die staatlichen säkularen Schulen in Israel greifen in ihren Lehrbüchern diese jüngsten Diskussionen auf.

In den staatlichen religiösen Schulen hingegen wurde 2014 erstmals eine eigenständige Reihe von Lehrbüchern publiziert. Diese greifen zwar neuere wissenschaftliche Erkenntnisse auf, zugleich wird aber die Rolle Gottes in der Geschichte betont. Der Geschichtsunterricht wird deshalb als Weg angesehen, wie es in der Einleitung eines der Lehrbücher heißt, „um Gottes Handeln in der Welt anzuerkennen“. Der Holocaust wird dabei letztlich als ein schmerzhafter, aber notwendiger Schritt interpretiert, um das Exil der Jüdinnen und Juden zu beenden und ihre Rückkehr in das gelobte Land zu bewirken. Als Metanarrativ wird in dem Lehrbuch der staatlichen religiösen Schulen ausgeführt, dass die Aufklärung zu Krieg und Gewalt geführt habe. Nur durch die Rückbesinnung auf Gott und durch die Gründung des Staates Israel könnten die negativen Auswirkungen der Moderne in Schach gehalten werden. Dieser Haltung in den staatlichen religiösen Schulen würden viele ultra-orthodoxe Juden nicht zustimmen, da sie einen weltlichen Staat Israel aus theologischen Gründen ablehnen.

Der Holocaust wird somit selbst an den staatlichen Schulen in Israel in sehr unterschiedlicher Weise unterrichtet, von den nicht-staatlichen Schulen ganz zu schweigen. Damit spiegeln die Lehrpläne letztlich die unterschiedlichen Positionen von Teilen der israelischen Gesellschaft wider und zeigen auf, wie komplex die Unterrichtung des Holocaust in diesem Land ist. 

Michael Mayer

„Es scheint, dass der Holocaust das Letzte ist, was die israelische Gesellschaft noch vereint.“

Wie wird der Holocaust heute an israelischen Schulen unterrichtet? Welche Debatten werden dazu in der israelischen Gesellschaft geführt? Interview mit Roy Weintraub von der Universität Tel Aviv.

Ihre Familiengeschichte ist für Sie eine wichtige Motivation gewesen, sich wissenschaftlich mit dem Holocaust auseinanderzusetzen. Könnten Sie uns bitte berichten, wo Ihre Familie vor 1939 lebte und was mit Ihren Vorfahren während des Holocaust geschah.

Roy Weintraub: Vor 1939 lebte meine Familie in der Gegend von Lemberg (Lwiw) in Polen. Der größte Teil meiner Vorfahren überlebte den Holocaust nicht. Einige starben in den Ghettos, andere als Partisanen. Zwei der älteren Brüder meiner Großmutter wurden mit ihren Familien von faschistischen Ukrainern lebendig begraben. Mein Vater, Shimon, ist nach einem von ihnen benannt, um daran zu erinnern. Meine Großmutter überlebte, weil die Kommunisten sie und ihre Eltern nach Sibirien deportierten.

Mein Großvater, dessen Namen ich trage, wuchs in einer säkularen Familie auf, die elektrische Haushaltsgeräte importierte und verkaufte. Er und seine Geschwister wurden an deutschen Schulen unterrichtet. Er studierte Radiologie und war seit seiner Jugend ein Kommunist. Lemberg wurde aufgrund des Hitler-Stalin-Paktes im September 1939 von den sowjetischen Streitkräften besetzt. Nach dem deutschen Einmarsch in die Sowjetunion floh mein Großvater zusammen mit der zurückweichenden Roten Armee. Seine Brüder, die zu jung waren, um Militärdienst zu leisten, blieben in dem Gebiet, das nun von Deutschland erobert wurde. Die gesamte Familie meines Großvaters (mit Ausnahme eines jüngeren Bruders) wurde ermordet. Mein Großvater kämpfte in der Roten Armee in Stalingrad und während des gesamten sowjetischen Vormarsches bis nach Berlin. In Berlin half er nach dem Krieg Jüdinnen und Juden, die vor allem seit 1946 vor Pogromen aus Osteuropa geflohen waren, in den Westteil der Stadt zu gelangen, damit diese in das britische Mandatsgebiet Palästina emigrieren konnten.

Meine Großeltern litten an schwerer Tuberkulose, weshalb sie sich länger im Krankenhaus aufhielten. Hier lernten sie sich kennen. Die Einstellung beider zur jüdischen Religion und zum Holocaust war sehr unter-



Michael Mayer (links) und Roy Weintraub (rechts) im Gespräch
© Michael Mayer (privat)

schiedlich. Meine Großmutter hatte während der Zeit der Verfolgung gelobt, es Gott zu vergelten, wenn ihre Familie überleben sollte. Sie hielt dieses Versprechen bis zum Tag ihres Todes. Mein Großvater hingegen war Kommunist. Der Krieg und der Holocaust bestärkten ihn nur in seiner Geringschätzung für die Religion. Zugleich jedoch stand für beide der Wert der Menschenwürde über allem. Und so gelang es ihnen, sich zu respektieren und ihr gegensätzliches Weltbild anzunehmen.

Wie beeinflusste diese Familiengeschichte Ihre wissenschaftliche Arbeit zum Holocaust?

In der fünften Klasse wurden wir von unserem Lehrer gebeten, eine Unterrichtsstunde über ein Thema vorzubereiten, das uns sehr am Herzen lag. Während die meisten Schülerinnen und Schüler ihre Lieblingsfußballmannschaft oder ein anderes Hobby wählten, hielt ich einen Vortrag über die Schlacht von Stalingrad. Ich weiß noch, wie mir mein Vater half, die Karten aus dem neuen Buch von Antony Beevor zu kopieren. Sie können sich also vorstellen, wie sehr der Zweite Weltkrieg und der Holocaust in meiner Familie und in meinem Leben von Kindesbeinen an präsent war. Bis heute kann ich beobachten, wie die Vergangenheit die Mentalität und die Sichtweisen meiner Eltern prägt. Es war diese Verbindung von Vergangenheit und Gegenwart, die mich verlockt hat, mich mit der Frage näher zu beschäftigen, wie Geschichte unterrichtet werden kann.

Darüber hinaus hat mir meine Familiengeschichte Vorsicht und Achtung gelehrt, wenn es darum geht, mich wissenschaftlich mit dem Holocaust zu beschäftigen. Wahrscheinlich wäre es gut, wenn ich in ähnlicher Weise auch bei anderen Themen, die ich erforsche, fühlen würde! Beim Holocaust hilft aber natürlich die persönliche Verbundenheit, um hinter Namen und

Zahlen zu blicken und das Leiden und die Traumata zu sehen, ja beinahe zu fühlen, die es gegeben hat. Gleichzeitig versuche ich mir meine subjektive Befangenheit möglichst gut bewusst zu machen, um diese soweit es geht auszugleichen und eine angemessene und wahre Darstellung der Ereignisse zu ermöglichen. Insgesamt ist es mein Ziel, einen Ausgleich zu finden zwischen der Identifizierung mit den Verfolgten einerseits und dem – wahrscheinlich letztlich unmöglichen – Streben nach Objektivität.

Ich möchte hieran direkt anknüpfen und die Frage noch einmal aufwerfen, wie wir den Holocaust von einem rein wissenschaftlichen Standpunkt aus erforschen können? Oder benötigen Forscherinnen und Forscher eine wie auch immer geartete persönliche Beziehung zu diesem Verbrechen, um wirklich in der Lage zu sein, dieses angemessen zu analysieren – auch wenn dies vielleicht seinen Preis haben könnte?

Ich denke, es gibt keine historische Entwicklung, die wir von einem völlig neutralen Standpunkt aus betrachten können. Unsere Weltsicht – auf der religiös-philosophischen, politischen, sozialen oder persönlichen Ebene – wird immer auf die eine oder andere Weise beeinflussen, wie wir mit der Welt umgehen: jeden Tag in unserem Leben, aber insbesondere in unserer wissenschaftlichen Forschung. Die persönliche Bindung zu einem Thema kann sicherlich ein Vorteil sein, doch kann es auch ein Hindernis darstellen, da es größere Anstrengungen erfordert, um wahrheitsgetreue Forschungen zu betreiben. Aus diesem Grunde glaube ich nicht, dass Forscherinnen und Forscher notwendigerweise eine persönliche Bindung zu ihrem Forschungsgegenstand haben müssen. Mir scheint, dass es wichtiger und gewinnbringender für die Forschung ist, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler über Bescheidenheit verfügen sowie über die Fähigkeit, ihre eigenen Ansichten und Meinungen zu hinterfragen.

In Deutschland herrscht – gerade im nicht-wissenschaftlichen Bereich – vielfach Verwirrung über die Verwendung der Begriffe „Holocaust“ und „Shoa“. Für unsere deutsche Leserschaft wäre es sehr hilfreich, wenn Sie uns etwas darüber sagen könnten, wie diese Begriffe in Israel verstanden werden.

Im israelischen Diskurs, sowohl im wissenschaftlichen als auch im nicht-wissenschaftlichen, sind beide Begriffe identisch. Im Hebräischen nutzen wir den Begriff „Shoa“, im Englischen „Holocaust“. Ich nehme an, dass sich der Begriff „Holocaust“ im Deutschen auch auf die Ermordung nicht-jüdischer Menschen bezieht, was mir sehr wichtig erscheint. Wir wissen natürlich, dass sich die Motive und Charakteristiken der systematischen Ermordung der Jüdinnen und Juden von der Ermordung anderer Opfergruppen unterschied. Gleichwohl ist es nicht notwendig, dass der Holocaust an den Jüdinnen und Juden durch einen eigenständigen Begriff gefasst wird.



Die Familie Weintraub, eine säkulare jüdische Familie aus der Gegend um Lemberg (um 1933).
© Privatarchiv der Familie Weintraub

Welche aktuellen Debatten gibt es im staatlichen israelischen Bildungssystem über die Frage, wie der Holocaust unterrichtet werden soll?

In den vergangenen Jahrzehnten gab es im staatlichen israelischen Bildungssystem heftige Debatten darüber, wie die Vergangenheit unterrichtet werden sollte. Professor Eyal Naveh von der Universität Tel Aviv hat eine Reihe von Studien veröffentlicht, die diese Frage in einem internationalen Kontext analysiert. Ich kann diese nur sehr empfehlen. Letztendlich handelt es sich bei diesen Debatten um eine Krise nach der Erosion des klassischen zionistischen Ethos in Israel (letzteres hängt natürlich auch mit umfassenderen sozio-kulturellen Trends zusammen). Es scheint, dass der Holocaust das letzte ist, was die israelische Gesellschaft noch vereint. So ist eine sehr problematische Situation entstanden, in der der Holocaust geradezu einen heiligen Status bekam. Doch wurde dieser Trend in der jüngsten Vergangenheit von unterschiedlicher Seite bereits massiv kritisiert, und es scheint, dass sich die Situa-

tion zu ändern beginnt. Es gibt zum Beispiel die Bestrebung, internationale Entwicklungen in Hinblick auf historisches Denken und historische Bildung zu übernehmen. Gleichwohl sind gewisse national geprägte Denkweisen weiterhin sehr festgefahren und begrenzen die Möglichkeit für tiefgreifende Veränderungen.

Könnten Sie bitte kurz auf die einzelnen Sektoren des staatlichen israelischen Bildungssystems eingehen? Wie zeigt sich diese Entwicklung in den staatlichen nicht-religiösen Schulen? Und wie unterscheidet sich dies von den staatlichen religiösen bzw. staatlichen arabischen Schulen in Israel?

Im nicht-religiösen staatlichen Bildungssystem ist die Frage „warum unterrichten wir Geschichte“ weiterhin umstritten.

Das religiöse Bildungssystem in Israel zeigt ein ganz anderes Bild. Hier werden messianistisch-theologische Ansätze immer bedeutsamer. Ich veröffentliche in Kürze einen Artikel, der die grundlegenden Veränderungen analysiert, wie in religiösen Schulen in Israel der Holocaust unterrichtet wird.

Die staatlichen arabischen Schulen in Israel sind wiederum völlig anders. In diesem Teil der Bevölkerung gibt es einen grundlegenden Unterschied zwischen dem formalen Lehrplan und dem Geschichtsbewusstsein, das sich im sozialen Gefüge außerhalb der Schulen entwickelt.

Wie kann die Unterrichtung des Holocaust zur politischen Bildung in Israel beitragen?

Ich nehme an, dass schon sehr viele Bücher darüber geschrieben wurden. Deshalb will ich versuchen, eine möglichst knappe Antwort zu geben. Die wichtigsten Ziele sind meines Erachtens Umsicht und Mitgefühl. Umsicht dahingehend, dass jede Gesellschaft so weit degenerieren kann, dass schlimme Verbrechen begangen werden – wie im Falle Deutschlands und seiner Verbündeten. Mitgefühl wiederum sollte in Hinblick auf die großen Leiden aufgebracht werden, die Menschen in der Zeit des Holocaust (und bis heute) auf unzählige Arten und Weisen erfahren mussten. Wenn es uns gelingt, Umsicht und Mitgefühl in unseren Schülerinnen und Schülern zu befördern, so wird uns dies zweifellos helfen, eine bessere Zivilgesellschaft in Israel und anderswo zu schaffen.

In den vergangenen Jahren hat sich die Polarisierung der Gesellschaft in vielen Staaten verschärft. In welcher Weise gefährdet diese Entwicklung die Unterrichtung des Holocaust in Israel?

Es scheint, dass unsere postmoderne Welt in Israel, ebenso wie in anderen Gesellschaften, eine Verwirrung in Hinblick auf Auffassungen von Gut und Böse

geschaffen hat. Relativität und Subjektivität scheinen festen moralischen Grundsätzen zu widersprechen. Der Holocaust hingegen zeichnet sich dadurch aus, dass er besser als alles andere das reine Böse verkörpert. Man kann nicht in Frage stellen, dass der Holocaust schlecht war.

Wenn man nun in Betracht zieht, dass die Menschen letztlich relativ wenig über den Holocaust wissen, dann wird dieser sehr leicht zu einem Ereignis, das in Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit Gefahr läuft, missbraucht zu werden.

Rechte Israelis vergleichen die Palästinenser mit den Nazis, linke Israelis vergleichen den Gaza-Streifen mit einem Ghetto, Demonstranten gegen die staatliche Covid-19-Politik tragen einen „Gelben Stern“ etc. Diese Entwicklung schadet der gesamten Gesellschaft, und zugleich erschwert sie es, den Holocaust an den Schulen zu unterrichten.

Was stellt für Sie die größte Herausforderung dar, um den Holocaust an Schulen in Israel angemessen unterrichten zu können?

Wenn ich die aktuelle, sehr komplexe Situation in Israel betrachte, so hoffe ich, dass bei der Unterrichtung des Holocaust an israelischen Schulen die Balance zwischen einem humanistisch-universalistischen Blickwinkel sowie der Betonung der einzigartigen Charakteristika des Holocaust gewahrt werden kann. Ich halte es für schädlich, wenn einer dieser beiden Gesichtspunkte überbetont würde.

Haben Sie zum Abschluss noch eine Botschaft für unsere deutsche Leserschaft?

Vor zwei Generationen ermordeten Deutsche die Hälfte meiner Familie. Heute sind einige meiner besten Freunde und Menschen, die ich sehr schätze, Deutsche. Für mich ist das eine wichtige Beobachtung, die das Potential für weitreichende Erkenntnisse in sich trägt – dies sollte aber jeder für sich selbst herausfinden.

Ich danke Ihnen sehr für das Gespräch.



Das Gespräch führte Michael Mayer.

Dr. Roy Weintraub wurde an der Universität Tel Aviv mit einer Arbeit zum israelischen Bildungssystem promoviert. Aktuell erforscht er die Entwicklung des Geschichtsbewusstseins an israelischen staatlich-religiösen Schulen. Er beschäftigt sich dabei insbesondere damit, wie der Holocaust in glaubensbasierten Bildungseinrichtungen unterrichtet wird.



Im TV-Triell diskutierten die Kanzlerkandidaten von SPD (Olaf Scholz, links), Grünen (Annalena Baerbock, in der Mitte) und Union (Armin Laschet, rechts) über die Themen, die Deutschland bewegen so etwa Fragen von Klima und Digitalisierung.
© Winterer (APB)

Solitär mit vielen Kontinuitäten: die Bundestagswahl 2021

Gemeinsam mit der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen hatte die Akademie Anfang Februar zur traditionellen Wahlachse geladen. Renommee Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Medien und Politik zeichneten dabei ein überraschend ambivalentes Bild dieses Urnenganges und seiner Folgen.

Langweilig, inhaltsleer und – sofern doch Themen aufgegriffen wurden – merkwürdig lückenhaft sei dieser Wahlkampf gewesen, wie Heinrich Oberreuter als stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen gleich zu Beginn der Tagung verdeutlichte. Wobei die Frage „Wo waren die Inhalte?“ laut Jasper von Altenbockum (Frankfurter Allgemeine Zeitung) seit Jahrzehnten zum Standardrepertoire der Wahlkampfkritik gehört. Aber selbst die Pandemie habe 2021 entgegen mancher Erwartungen im Ringen um die Wählerstimmen keine dominante Rolle gespielt und andere Themen auch nicht überlagert. Vielmehr müssten es sich die Parteien und Medien schon selbst ankreiden lassen, dass sie die zahlreichen drängenden Sachfragen nur unzureichend aufgegriffen hätten.

Auch wenn die Pandemie als Thema keine große Rolle spielte – den Wahlkampf geprägt und seine Formate neu justiert hat sie durchaus. Denn klassische Formen der unmittelbaren Wähleransprache von den Parteiständen in Fußgängerzonen bis hin zu Großkundgebungen in Fußballstadien waren kaum möglich und mussten vielerorts durch digitale Angebote ersetzt werden. Damit einher ging ein Bedeutungsgewinn der Medien, der klassischen wie der gar nicht mehr so neuen, und auch der Demoskopie. So war auf unserer Tagung von einem „demoskopischen Dauerrauschen“ in den Wochen vor der Wahl die Rede, wobei der Vorwurf mitschwingt, dass Umfragen die Stimmungsdynamik der Wählerschaft nicht nur abbilden, sondern formen könnten und damit zu einem eigenständigen Wahlkampfinstrument würden.

Mit Blick auf die Massenmedien unterstrich Jürgen Wilke (Johannes Gutenberg-Universität Mainz) deren ungebrochene Bedeutung im Wahlkampf. Insbesondere durch Mechanismen wie das Framing und Priming, also das Bereitstellen eines Deutungsrahmens für bestimmte Ereignisse und die Priorisierung von Positionen, Sichtweisen und Narrativen, könnten die Medien politische Einstellungen beeinflussen und verändern. Im Rahmen einer umfangreichen Längsschnittstudie zur Presseberichterstattung für alle Bundestagswahlkämpfe seit 1949 konnte Wilke zudem zeigen, dass das mediale Interesse im Vorfeld der Wahl 2021 deutlich größer war als bei den drei vorausgehenden Urnengängen. Verantwortlich dafür

sei auch der offene Ausgang der jüngsten Wahl gewesen. Hierfür spräche zudem die Tatsache, dass die Berichterstattung in den vier Wochen vor der Abstimmung sogar noch zugenommen habe. Darüber hinaus zeige die Untersuchung die Vernachlässigung von Themen in der Berichterstattung, wobei gerade soziale Themen sehr kurz gekommen seien.

Zur Bedeutung von Online-Medien verwies Thorsten Faas (Freie Universität Berlin) auf das unterschiedliche Nutzungsverhalten der Altersgruppen. Digitale Angebote spielten insbesondere für die jüngeren Wählerschichten eine große Rolle als Informationsquelle – allerdings nur bei ohnehin starkem politischem Interesse. Weniger interessierte Junge seien hingegen auch online kaum für politische Inhalte erreichbar. Annkathrin Schäfer, Wahlkampfmanagerin der Bundesgeschäftsstelle von Bündnis 90/Die Grünen, berichtete in diesem Kontext, dass ihre Partei dem unterschiedlichen Mediennutzungsverhalten der Altersgruppen mit differenzierten Wahlkampfstrategien Rechnung getragen habe. So hätten die Grünen etwa die über 60-Jährigen erstmals mit einer gezielten Anzeigenkampagne in einer großen überregionalen Tageszeitung angesprochen. Der Blick auf das unterschiedliche Abschneiden der verschiedenen Parteien in den Altersgruppen dürfte erstere dazu bewegen, dem Generationenaspekt beim Wahlverhalten auch künftig große Aufmerksamkeit zu schenken.

Jasmin Riedl (Universität der Bundeswehr München) wies andererseits darauf hin, dass die getrennte Betrachtung unterschiedlicher Medienformate die Realität verzerre, denn gerade Twitter entfalte ohne die begleitende Berichterstattung in den sogenannten Traditionsmedien nur eine sehr begrenzte Wirkung. Aus ihrer breit angelegten Untersuchung der Twitter-Kommunikation im Vorfeld der Bundestagswahl berichtete sie zudem über den überwiegend negativen Ton, in dem die Twittersphäre über Parteien, Kandidatinnen und Kandidaten spräche, sowie den hohen Grad an Emotionalisierung und die Fixierung auf bestimmte Ereignisse im Wahlkampf, die den Austausch über Twitter prägten.

Natürlich standen auch die TV-Trielle im Fokus unserer Tagung. Dabei ging zunächst Rainald Becker (Chefkorrespondent beim Südwestrundfunk) kritisch auf die seiner Ansicht nach zu hohe Zahl von drei Tri-



Rainald Becker: Zu hohe Zahl von Triellen.

ellen ein. Verantwortlich dafür seien aber vorwiegend die Parteien und Kandidaten, die sich der Öffentlichkeit präsentieren wollten, während die Sender, vor allem auch die öffentlich-rechtlichen, von vornherein zurückhaltender agiert hätten. Einig war er sich mit Barbara Pfetsch (Freie Universität Berlin) dahingehend, dass es wegen

der fehlenden Absprachen zwischen den Sendern zu viele inhaltliche Überschneidungen bei den Triellen gegeben habe. Hinzu sei ein rasches Themenhopping der Moderatorenteams gekommen, das inhaltliche Debatten weitgehend verhindert habe.

Bei aller Kritik an der Inhaltsleere des Wahlkampfes und manchen Aspekten der Berichterstattung – dass die Bundestagswahl 2021 durchaus für Spannung sorgte, lag vor allem an ihrem lange Zeit offenen Ausgang. Dazu beigetragen haben sicherlich die große Volatilität in den Umfragen und die damit einhergehende Scheu der Parteien vor verbindlichen Koalitionsaussagen. Ein ganz wesentlicher Faktor war jedoch auch die Tatsache, dass 2021 erstmals bei einer Bundestagswahl der amtierende Kanzler bzw. die amtierende Kanzlerin nicht zur Wiederwahl antrat, womit die Personalisierung des Wahlkampfes in den Fokus rückt.

Fragmentierung des Parteiensystems

Frank Stauss, der als Politikberater zahlreiche Wahlkampagnen mitgestaltet hat und zuletzt vor allem für die SPD aktiv war, verdeutlichte, dass Olaf Scholz als „nächststärklicher Kandidat“ zur nicht mehr antretenden Bundeskanzlerin nominiert worden sei. Und das sehr frühzeitig und einmütig, womit auch gleich die zentralen Unterschiede zur Kandidatenkür der Unionsparteien benannt wären. Die nach dem angekündigten Rückzug Merkels lange Zeit offene Führungsfrage in der CDU, die damit zusammenhängende späte Nominierung von Armin Laschet als Kanzlerkandidat in einem noch dazu sehr kontroversen Verfahren, all das habe den Wahlkampf der Unionsparteien enorm belastet. Dabei wiesen Stauss und Schäfer übereinstimmend auf den zentralen Faktor Zeit im Wahlkampf hin. Zeit, die es für die Vertrauensbildung im Wahlkampfteam und für die Entwicklung einer stimmigen Kampagne brauche.

Kampagnendefizite der Union spielten auch im ebenso unterhaltsamen wie detailreichen Vortrag von Roman Deininger, der den Wahlkampf der beiden Uni-



Jasmin Riedl: Medienformate in Verbindung betrachten.
© Bures (APB)

onsparteien für die Süddeutsche Zeitung aus nächster Nähe verfolgte, eine große Rolle. Hierzu zählte er die Tatsache, dass die Kampagne Laschets von drei konkurrierenden Zentren aus gesteuert worden sei: aus der CDU-Parteizentrale in Berlin, der nordrhein-westfälischen Staatskanzlei in Düsseldorf und zuletzt auch aus dem Kommunikationsteam um die Journalistin Tannit Koch. Außerdem sei die Kampagne die eines Amtsinhabers gewesen, ausgerichtet auf dessen politische Erfahrung und die Verteidigung eines (vermeintlichen) Vorsprungs. Damit habe sich der Unionswahlkampf vorrangig an der Auseinandersetzung mit Annalena Baerbock orientiert und sei nicht flexibel genug gewesen, um in den letzten Wochen vor der Wahl auf Olaf Scholz als Hauptkonkurrenten um das Kanzleramt reagieren zu können.



Roman Deininger: Riss vor allem innerhalb der CDU.

Hinsichtlich der medial breit diskutierten persönlichen Defizite des Unionskandidaten zeichnete Deininger ein differenzierteres Bild. Zwar charakterisierte auch er

Laschet als wenig organisiert und mitunter entscheidungsschwach. Und doch habe es sich bei ihm um einen „grundsoliden Kandidaten“ gehandelt, dessen tatsächliche Eigenschaften von seinem negativen Image häufig überzeichnet würden. Schließlich fehlte auch der Hinweis auf die große Uneinigkeit im Unionswahlkampf nicht, wobei Deininger den Riss vor allem innerhalb der CDU verortete, deren Basis sich zunehmend vom eigenen Kandidaten entfremdet habe. Mit Blick auf die CSU konstatierte er, dass Markus Söder bis zur Landtagswahl 2023 nur noch Vorsitzender auf Bewährung sei, da er durch sein Agieren im Wahlkampf, aber auch im Anschluss an die Bundestagswahl viel parteiinternes Vertrauen verspielt habe.

Das Wahlergebnis selbst ordneten viele Expertinnen und Experten unserer Tagung eher als Resultat einer langanhaltenden Entwicklung denn als singuläres Ereignis ein. Altenbockum betonte dabei vor allem den Charakter dieser Bundestagswahl als Hort relativer Stabilität im Vergleich zu vielen Landtagswahlen, aber auch im internationalen Kontext. Auf die zugrundeliegenden Veränderungen ging Oberreuter in seiner Analyse ein, in der er den Zusammenhang einer fortschreitenden gesellschaftlichen Pluralisierung mit der zunehmenden Fragmentierung des Parteiensystems – deren Folgen nunmehr auch die Union mit voller Kraft zu spüren bekomme – und der erschwerten Regierungsbildung nachzeichnete. Augenfällig sei je-



Heinrich Oberreuter (links auf Podium) und Thomas Petersen (rechts auf Podium) im Gespräch mit den Teilnehmenden über Pluralisierung und einer Polarisierung der Gesellschaft.

© Bures (APB)

doch, dass der frühere Trend zu den Rändern des politischen Spektrums mit der jüngsten Wahl gebrochen worden sei. Denn während AfD und die Linke Verluste hinnehmen mussten, seien die Parteien der demokratischen Mitte insgesamt gestärkt aus der Wahl hervorgegangen, auch wenn es hierbei Unterschiede in den östlichen und westlichen Ländern gebe.

Dieser Befund – Stärkung der demokratischen Mitte und Schwächung der Ränder – provozierte die Frage, ob er nicht der Wahrnehmung einer zunehmenden gesellschaftlichen Spaltung widerspreche. Diesbezüglich sei es wichtig, so Oberreuter, zwischen einer Pluralisierung und einer Polarisierung der Gesellschaft zu unterscheiden. In diese Richtung argumentierte auch Thomas Petersen (Institut für Demoskopie Allensbach), der die gesellschaftliche Segmentierung heute für geringer erachtete als noch vor 30 Jahren, weswegen es aktuell auch deutlich mehr Wechselwähler und eine höhere Volatilität des Wahlverhaltens gebe als in früheren Jahrzehnten. Neben der gesellschaftlichen Pluralisierung verwies Petersen auch auf die geringe Überzeugungskraft der Parteien und Kandidaten im jüngsten Wahlkampf, die die Fragmentierung des Parteiensystems vorangetrieben hätten. Positiv für die neue Bundesregierung sei dabei, dass auf ihr keine zu hohen Erwartungen ruhten, die sie andernfalls kaum erfüllen könnte.

Zur Regierungsbildung vermerkte Oberreuter, dass sich aus dem Wahlergebnis kein klarer Sieger mit dem alleinigen Auftrag zur Regierungsbildung oder einem Anspruch auf die Kanzlerschaft entnehmen lasse. Auch ein Jamaika-Bündnis aus Union, Grünen und FDP wäre mithin legitim gewesen – doch sei es rasch vor allem aus Bayern torpediert worden. Bei der letztlich gebildeten Ampelkoalition steche die Tatsache hervor, dass die beiden kleineren Partner Grüne und FDP gemeinsam stärker als die Kanzlerpartei SPD seien. Dies sei der zentrale Unterschied zu früheren Dreier- oder gar Viererkoalitionen, die auf Bundesebene von 1949 bis 1957 bestanden und in denen die Union stets numerisch und politisch dominiert habe.

Praxistest steht noch aus

Zur Ampelkoalition verwies Julia Reuschenbach (Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn) auf deren Selbstwahrnehmung als „Fortschrittskoalition“, die sich wahlweise auch als „Projekt“ verstehe und somit nicht nur als lager- oder milieuübergreifendes Zweckbündnis auf Zeit. Damit kontrastiere jedoch, dass der Koalitionsvertrag auch viele Tauschgeschäfte enthalte – in der Tutzingener Diskussion war diesbezüglich von „nebeneinanderstehenden Versatzstücken“ die Rede – und SPD wie Grüne eher als Reformer aufträten, während die FDP vor allem den Status quo bewahren wolle. Zu den zentralen Reformzielen der Koalition zählte Reu-

schenbach vor allem gesellschaftspolitische Vorhaben wie die Legalisierung von Cannabis, die Absenkung des Wahlalters oder Veränderungen im Staatsangehörigkeitsrecht. Hinzu kämen soziale und klimapolitische Reformvorhaben sowie die Modernisierung des Staatswesens. Letztere sei zwar schon oft versprochen worden, werde von der Ampelkoalition aber nunmehr als Voraussetzung für viele klimapolitische Maßnahmen wahrgenommen, was den Umsetzungsdruck erhöhe.



Julia Reuschenbach: Koalitionsvertrag enthält viele Tauschgeschäfte.

Insgesamt stehe der Praxistest für die Reformagenda der neuen Bundesregierung noch aus, wobei sich vor allem die Zustimmung im Bundesrat für einzelne Projekte sowie deren Finanzierbarkeit als Herausforderung erweisen könnte. Das größte Verliererpotential innerhalb der Koalition vertrete Reuschenbach bei den Grünen, die mit den weitreichendsten

Ansprüchen angetreten seien – ein Befund, der sich durch den Krieg in der Ukraine sicherlich noch verstärkt haben dürfte.

Auf die programmatischen Konflikte innerhalb der Bundesregierung ging auch Cerstin Gammelin (Süddeutsche Zeitung) ein. Sie verwies zugleich auf einen neuen Ansatz, mit dem die Koalition dieser Herausforderung begegnen wolle. So finde nunmehr vor jeder Kabinettsitzung ein längeres informelles Vortreffen statt, das dem Erkennen und Entschärfen von Konfliktlinien diene und bereits jetzt als sehr hilfreich gelte. Den Führungsstil des Bundeskanzlers charakterisierte Gammelin als „Führung von hinten“, da Scholz auch den anderen Mitgliedern der Regierung Raum gebe, um sich zu profilieren. Dies sei unter anderem für den Bundesfinanzminister Christian Lindner wichtig, der durch die personelle Neuaufstellung der FDP parteiintern vermehrt um Zustimmung zu Entscheidungen der Koalition werben müsse.

Bewährte Tradition ist es, dass die Beiträge dieser Wahlanalysetagung in einem Sammelband veröffentlicht und so einem breiteren Leserkreis zugänglich gemacht werden. Die Vorträge und Diskussionen Anfang Februar haben gezeigt, dass dabei erneut eine ebenso facettenreiche wie erkenntnisfördernde Publikation entstehen wird.



Jörg Siegmund



Linktipp

Interview zu TV-Triellen: bit.ly/tv-triellen



Im Zuge der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl 1986 mussten Sperrgebiete eingerichtet werden. Die Folgen sind auch heute noch sichtbar, so etwa am 6. August 2019 in der Schulsporthalle im Duga Radar Village in Tschernobyl, in der Ukraine.

© iStock/diegograndi

Reaktorkatastrophe von Tschernobyl 1986 „sprengt“ (auch) Akademieplanungen

Ursprünglich hatte für den 9. bis 11. Juni 1986 mit dem gleichen Kooperationspartner eine Tagung über Probleme der Hausmüllvermeidung, -verwertung und -beseitigung auf der Agenda gestanden. Sie war fix und fertig organisiert, erste Anmeldungen liefen schon dafür ein, noch bevor die Einladungen mit dem kompletten Programm verschickt worden waren. Dann ereignete sich die Nuklearkatastrophe in der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik, damals ein Teil der Sowjetunion, und innerhalb weniger Tage entwickelte sich eine öffentliche und private Unsicherheit sondergleichen über den Umgang mit den Gefahren der Radioaktivität. Unabhängig voneinander hatten Hans-Joachim Kursawa-Stucke von der Stiftung Verbraucherinstitut Berlin und Karl-Heinz Willenborg von der Akademie die spontane Idee, das Thema Hausmüll zu verschieben und stattdessen einen „Schnellschuss“ über Tschernobyl und die Folgen zu wagen.

Dieses Unterfangen war nicht ohne Risiko, zumal es sich vom üblichen Ablauf doch erheblich unterschied: Wie groß würde der Ärger über die abgeblasene „Hausmüll-Tagung“ bei den dafür verpflichteten Referenten und den interessierten Teilnehmern sein? Würde es so kurzfristig gelingen, für alle wichtigen Einzelaspekte kompetente Referenten zu gewinnen? Nach der in ganzer Breite angelaufenen Berichterstattung in allen Medien war leicht auszurechnen, wie der Terminkalender aller einschlägigen Experten inzwischen aussehen musste. Und würde nicht der akute Informationsbedarf bis zum Beginn der Tagung (6 Wochen nach dem Super-GAU) befriedigt sein durch die zahllosen Presseartikel, Rundfunk- und Fernsehdiskussionen?

Rückblick auf den 26. April 1986

Was war geschehen? Am Samstag, dem 26. April 1986, kam es in Block 4 des Kernkraftwerks Tschernobyl, 130 km nördlich von Kiew, zu einer Explosion, die den oberen Teil des Gebäudes zerstörte und den Reaktor beschädigte. Sein radioaktives Inventar gelangte in die Umwelt. Süd- und Südostwinde trugen die radioaktiven Emissionen zuerst nach Skandinavien, als sich der Wind drehte auch nach Mitteleuropa. Bayern erreichten die Wolken aus strahlenden Teilchen (Radionuklide) am Abend des 29. April. Zum damaligen Zeitpunkt hatten nur wenige genauere Vorstellungen davon, wie umfassend und nachhaltig uns die Folgen von Tschernobyl und dem radioaktiven Fallout tatsächlich beschäftigen würden. Über die (direkten und indirekten) Opferzahlen und die gesundheitlichen Spätschäden herrscht bis heute große Uneinigkeit.

Nach dem Super-GAU

Mit Rückendeckung durch die jeweiligen Direktoren und aufmunterndem Zuspruch durch die KollegInnen machten sich die beiden Tagungsleiter an die Arbeit: Die Referenten der „Hausmüll-Tagung“ reagierten durchweg verständnisvoll. Schwieriger wurde es bei den Bemühungen, die ins Auge gefassten Tschernobyl-Referenten zu verpflichten. Die Probleme, sie überhaupt zu erreichen, waren wirklich außergewöhnlich. Nach knapp einer Woche, die überwiegend am Telefon verbracht wurde, stand das Programm dann doch. Sorge Nummer drei löste sich nach dem Versand der Einladungen sehr schnell in Wohlgefallen auf. Der Zuspruch zur Tagung war so enorm, dass das Haus zweimal hätte gefüllt werden können. Die Teilnehmerliste verzeichnete 113 Einträge. Es kostete weitere zig Tage am Telefon, die zahlreichen mit Absagen bedachten Interessenten davon zu überzeugen, dass auch ein noch so dringliches Interesse die Zahl der Plätze leider nicht vergrößert.

Zum Inhalt der Tagung waren Akademie und Verbraucherinstitut schnell übereingekommen, schwerpunktmäßig das akute Informationsbedürfnis der Beraterinnen und Berater in den Verbraucherzentralen der Bundesländer zu bedienen. Die Erwartung, dass die dort bedeutsamen Themen zugleich ein interessantes Angebot für Vertreter der Medien und der Landwirtschaft darstellten, bestätigte sich bei den Anmeldungen. Grundsätzlichere Fragen wie Kernenergie Risiken, Reaktionen von Politik und Verwaltung auf Tschernobyl (am Beispiel von Kommunen) sollten aber nicht völlig ausgespart bleiben. Außerdem legte es der bisherige Verlauf der öffentlichen Diskussionen nahe, alle Themen mit mindestens zwei Referenten in Pro und Contra zu beleuchten.

Montag, 9. Juni 1986, erster Tagungstag

Am Beginn der Tagung – unter dem finalen Titel „Nach Tschernobyl: Wie unbedenklich sind unsere Lebensmittel? Eine Bestandsaufnahme für Verbraucherberatung, Landwirtschaft, Wissenschaft und Publizistik“ – standen zwei Berichte aus Kommunen: Dr. Günter Wegrampf vom Umweltschutzreferat der Stadt München und Dr. Uwe Lahl, Umweltdezernent in Bielefeld, berichteten über Probleme und Maßnahmen in ihren Kommunen seit Tschernobyl. Die Schilderung der Unsicherheiten über die notwendigen Schritte zum Schutze der Bevölkerung fiel bei Lahl, kurz zuvor noch wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Fraktion der Grünen im Deutschen Bundestag, schon um einiges drastischer aus.

Mit einer kurzen Einführung in die physikalischen Grundlagen der Radioaktivität bereitete der gelernte Physiker Dr. Wolfgang Schöfeld vom Deutschen Volkshochschulverband Frankfurt das Verständnis der Referate des kommenden Tages vor.

Dienstag, 10. Juni 1986, zweiter Tagungstag

Am Folgetag kamen zunächst einmal zwei Strahlenexperten aus München-Neuherberg zu Wort: Dr. Erich Wirth referierte über „Belastungspfade radioaktiver Strahlung – Kontaminationswege: Luft, Boden, Wasser“. Er stellte u.a. zahlreiche Messergebnisse über radioaktive Belastungen der drei Elemente seit dem Zweiten Weltkrieg und besonders seit dem Atomunglück von Tschernobyl vor. Professor Hans Detlev Roedler referierte über „Aufnahme, Verweildauer, Akkumulation und Abbau der Strahlenbelastung im menschlichen Körper“. Er erklärte zunächst begrifflich den Unterschied zwischen physikalischer, biologischer und effektiver Halbwertszeit und gab dann Bei-

spiele dafür, wie anhand vorliegender Tabellenwerke aus einer physikalischen Aktivität (gemessen in Becquerel) eine effektive Dosis (gemessen in rem) für ein einzelnes Organ oder den gesamten Körper errechnet wird. Wenn man die bisherige medizinische Erfahrung mit den Wirkungen radioaktiver Strahlen auf den Menschen heranziehe (u.a. auch eine schwedische



Langzeitstudie über Schilddrüsenpatienten, denen zu Untersuchungszwecken eine relativ hohe Dosis radioaktives Jod appliziert worden war), dann könne man, so Roedlers Einschätzung, eine gesundheitliche Gefahr für die deutsche Bevölkerung durch Tschernobyl nicht erkennen.

Der Strahlenmediziner Dr. Klaus Lischka aus Berlin warnte hingegen vor den langfristigen Folgen eines radioaktiven Niederschlags, der das durch die Atombombenversuche der Vergangenheit schon längst nicht mehr natürliche Niveau der Strahlenexposition weiter anhebe.

Politischer Maulkorberlass

Dr. Leo Melian, Präsident der Bayerischen Landesanstalt für Bodenkultur und Pflanzenbau war als Referent – er war einer von dreien, die zum Thema „Wie belastet sind unsere Lebensmittel?“ sprachen – in einer schwierigen Lage. Die Ergebnisse des in Bayern durchgeführten Messprogramms zur Ermittlung der Bodenbelastung lagen ihm zwar vor, sie sollten aber auf Beschluss der Bayerischen Staatsregierung nicht veröffentlicht werden, bevor nicht „Ausreißerwerte“ nachgemessen und das gesamte Zahlenmaterial vom Umweltministerium bewertet worden war. Sein Bericht über die Schwierigkeiten der Landesanstalt, zusätzliche Messkapazitäten zu schaffen und über künftige Forschungsvorhaben in Zusammenhang mit radioaktiven Belastungen fand trotzdem aufmerksame Zuhörer. Dr. Paul Hofmann, Leitender Landwirtschaftsdirektor an der Bayerischen Landesanstalt für Tierzucht, trug u.a. zahlreiche neue Ergebnisse über die Belastung von Milch und Milchprodukten, Fleisch, Fisch und Honig vor. Neu war für viele Teilnehmer der Hinweis, dass bei der Milchverarbeitung die radioaktiven Belastungen besonders in der Molke verbleiben, während etwa der Rahm geringer belastet ist.

Dr. Eckhardt H. Krüger vom Energie- und Umweltbüro Garching erinnerte an die großen Divergenzen in der wissenschaftlichen Literatur über den Transfer radioaktiver Belastungen vom Boden über die Pflan-

ze auf den Menschen. Er warnte besonders vor einem Wiederanstieg der Belastungswerte im Herbst, wenn die Bauern den stark belasteten ersten Gräschnitt an ihre Tiere verfütterten.

Kontroverse um Richtwerte

Am Abend dann noch die „Kontroverse um Richtwerte“, ausgetragen zwischen Krüger und Professor Alexander Kaul, Leiter des Instituts für Strahlenhygiene des Bundesgesundheitsamtes in Neuherberg. Kaul legte besonders ausführlich jene Überlegungen dar, die die Strahlenschutzkommission dazu veranlasst hatten, für Milch einen Richtwert von 500 Becquerel Jod-131 pro Liter (Bq/l) vorzuschlagen. Sowohl vom Koreferenten als auch von vielen Teilnehmern wurde dieser als viel zu hoch angesehen. Erst um 21.30 Uhr endete der zweite Tag, der mit seinen bei aller Verwe doch sachlichen Diskussionen für die Teilnehmer überaus ertragreich war, nicht zuletzt auch durch viele kenntnisreiche und detaillierte Beiträge aus dem Publikum (Gesundheitsberater, Lebensmittelchemikerinnen). Obwohl gerade die Strahlenforscher aus Neuherberg ihren jeweiligen Kontrahenten auf dem Podium oder im Publikum nichts schenkten und um keine Antwort verlegen waren, fiel doch auf, dass Kritik am Fehlen von Richtwerten oder ihrer Höhe bestehen blieb. Zum Beispiel wurde der Vorwurf erhoben, die Strahlenschutzkommission habe keine Informationen zu den Möglichkeiten gegeben, das Risiko über den durch die Richtwerte angestrebten Schutz hinaus zu mindern. Eine solche Strategie sei aber aus der Sicht des einzelnen durchaus rational, denn auch eine geringe Strahlung habe ihre – potentiell schädliche – Wirkung auf den Menschen.

Mittwoch, 11. Juni 1986, dritter Tagungstag

Auch der Mittwochvormittag unter dem Thema „Verhaltens- und Konsumempfehlungen“ für Verbraucher und Verbraucherinnen brachte neben den Berichten über die Reaktionen verschiedener Verbraucherberatungsinstitutionen und der Lebensmittelindustrie auf Tschernobyl noch viele Klärungen strittiger Einzelfragen. Hervorzuheben ist die damalige Forderung, dass Verbraucherberatung verstärkt Informationen über rationelle Energienutzung einschließen müsse, damit nicht durch das Verhalten der Konsumenten ein vielfach als nötig empfundener Verzicht auf Kernenergie unmöglich gemacht würde.


Und das vor dem Hintergrund der in Bayern seit 1983 teils erbittert geführten und von heftigen Protesten und massivem Widerstand aus der Bevölkerung sowie härtesten Polizeieinsätzen begleiteten

Auseinandersetzung um die von der Staatsregierung unter Franz Josef Strauß beschlossene Errichtung einer atomaren Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) im oberpfälzischen Wackersdorf (Baubeginn war hier der 11. Dezember 1985).

Riskante Atomkraft / Restrisiko bleibt

Zum Abschluss der Tagung wurde die Frage nach den Risiken der Kernenergie, die im Verlauf schon oft angeklungen war, explizit thematisiert, und zwar durch Dr. Klaus Köberlein von der Gesellschaft für Reaktorsicherheit in München-Garching (Standort des „Atom-ei“ genannten ersten deutschen Kernreaktors) und Professor Jochen Benecke von der Universität München. Köberlein schilderte die aufwendige Sicherheitstechnik deutscher kerntechnischer Anlagen, hielt die verbleibenden Risiken für vertretbar und betonte, dass man den unbestreitbaren Risiken einer Energieversorgung mit Kernenergie die Risiken einer Energieversorgung ohne Kernenergie gegenüberstellen müsse, um dann entscheiden zu können. Diese letz-

teren seien aber weit weniger gut untersucht. Professor Benecke bestritt den Aussagewert der vorliegenden Risikostudien, wo man (im Falle des „Schnellen Brüters“) naturwissenschaftlich nicht quantifizierbare Risiken durch eine soziologische Expertenbefragung mit pseudoexakten Zahlen belegt habe. Sowohl im Super-GAU von Tschernobyl als auch in den Reaktionen von Politik, Verwaltung und Bürgern sah er einen Beweis dafür, dass Atomenergie die Menschen letztlich überfordert.

Das war im Jahre 1986, also lange vor weiteren schweren Unfällen in kerntechnischen Anlagen (vgl. April 1993 in Sewersk [Russland], September 1999 in Tōkai-mura [Japan], März 2006 in Fleurus [Belgien], März 2011 in Fukushima [Japan]) sowie dem Beschluss Anfang März diesen Jahres von Europas größtem Atomkraftwerk bei Saporischschja und der nuklearen Forschungseinrichtung in Charkiw – wiederum in der Ukraine, die sich dieser Tage überdies ihrem staatlichen Fortbestand erwehren muss. 

Steffen H. Elsner
Karl-Heinz Willenborg



Auf einer Anti-Atomkraft-Demonstration in Köln am 26. März 2011.

© iStock/cobalt

Holger Paetz liest der Politik die Leviten

Pater Paetz predigt wieder. Der Kabarettist und ehemalige Autor des Singspiels am Nockherberg, Holger Paetz, ist mit seiner Fastenpredigt auf Tour. An der Akademie hat er Politikerinnen und Politikern die Leviten gelesen und über das Leben in der Corona-Pandemie gescherzt – natürlich im Pfarrergewand. Eine Auswahl seiner besten Sprüche.

„Putin hält sich in allem, was er tut an die russische Volksweisheit: ‚Die Wahrheit ist ein kostbares Gut, man muss sparsam damit umgehen.‘“

„Niedlich finde ich ja querdenkende Impfgegner mit Reichskriegsflagge, die den Kaiser wiederhaben wollen. Die Impfpflicht wurde im Kaiserreich eingeführt.“

Über Friedrich Merz: „Ein ganz normaler Mittelstandsmillionär mit gerade mal zwei Privatflugzeugen.“

Über Homöopathie: „Da könnte man doch auch Münzen mit Wasser abspülen, das Wasser in der hohlen Hand auffangen und damit in der Apotheke bezahlen.“

„Früher gab es noch Impfdrängler, jetzt nur noch Impfquengler.“

Weiteres auf der Website

Ausführlicher Bericht:
bit.ly/holger-paetz





© ARCHIV (APB)

Namen und Nachrichten aus der Akademie

Kollegium

Simon Faets hat am 9. März 2022 erfolgreich seine Dissertation im Rahmen einer hochschulöffentlichen Disputatio an der Hochschule für Philosophie München verteidigt. Sie ist der politischen Philosophie zugeordnet und trägt den Titel „Biopolitik und Recht. Christoph Menkes Kritik rechtlicher Normativität im Spektrum biopolitischer Theorien“ und wurde von Prof. Dr. Michael Reder als Erstgutachter betreut.

Dr. Saskia Hieber hielt im Wintersemester an der Universität Regensburg die Lehrveranstaltung „Foreign Policy Narratives in China and the United States“. Für den Bayerischen Rundfunk erläuterte sie die Implikationen des Ukrainekrieges auf Taiwan. An der Akademie diskutierte sie Chinas begrenzten Einfluss in Zentralasien und hielt online Vorträge über Chinesische Regionalpolitik und die Pazifische Sicherheitsarchitektur. Auf einem Online-Workshop mit der Universität Duisburg-Essen diskutierte Saskia Hieber Chinas Machtambitionen.

Dr. Andreas Kalina moderierte im Rahmen der „Konferenz zur Zukunft Europas“ den grenzüberschreitenden Bürgerdialog der Städte Brno, Leipzig und Stuttgart zur Gestaltung einer nachhaltigen EU für künftige Generationen. Als Studiogast in *α|demokratie* auf ARD alpha erklärte er die Entstehung und Auflösung der Tschechoslowakei und

analysierte die Rolle und das Selbstverständnis der beiden Nachfolgestaaten im Kontext der europäischen Integration.

Dr. Gero Kellermann nahm auf Einladung der Initiative D21 e.V. am virtuellen Webkongress „Digitale Gesellschaft 2022“ teil und diskutierte mit Experten über Digitalisierung, Nachhaltigkeit und digitale Kompetenzen. Die in Berlin ansässige Initiative D21 e.V. ist Deutschlands größtes gemeinnütziges Netzwerk für die Digitale Gesellschaft, bestehend aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft (siehe auch <https://initiated21.de/uber-uns/>).

Dr. Giulia Mennillo hat im Wintertrimester 2022 einen externen Lehrauftrag bei der Fakultät für Staats- und Sozialwissenschaften an der Universität der Bundeswehr München angenommen. Das Master-Seminar behandelte den Forschungsbereich „Internationale Politische Ökonomie des Geldes und Globale Finanzarchitektur“. Giulia Mennillo war u.a. auch Gast bei der Sendung „ARD alpha-nachgehakt“ zum Thema „Attac“, der globalisierungskritischen Protestbewegung.

Dr. Thomas Schölderle referierte auf der Tagung „Perspektiven der Gerechtigkeit“ im März in der Akademie Stapelfeld zum Gerechtigkeitsbegriff bei Thomas Morus und Tommaso Campanella.

Akademie-Report

Herausgeber: Akademie für Politische Bildung Buchensee 1 82327 Tutzing

Tel. 08158/256-0 Fax 08158/256-14 Internet: <https://www.apb-tutzing.de> E-Mail: a.kreitner@apb-tutzing.de

Redaktion: Prof. Dr. Ursula Münch (verantw.), Kinza Khan, M.A. (Redaktion und Gestaltung), Antonia Kreitner (Redaktionsassistentin)

Layout-Konzept: Michael Berwanger Agentur Tausendblauwerk www.tausendblauwerk.de


Druck: Satz & Druck Molnar Blumenstraße 26 82407 Wielenbach

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben.

Die Akademie trauert um ihr Kuratoriumsmitglied Prof. Günther G. Goth

Günther G. Goth war seit Oktober 2010 Mitglied im Kuratorium der Akademie. Als langjähriger Vorstandsvorsitzender des Bildungswerks der Bayerischen Wirtschaft e. V., das Ende der 1960er Jahre von den Bayerischen Arbeitgeberverbänden als gemeinnützige Organisation gegründet worden war, vertrat Prof. Goth im Kuratorium die Schnittstelle von Bildung und Wirtschaft.

Nach seiner Ausbildung als Diplom-Rechtspfleger war er von 1970 bis 2008 in verschiedenen Funktionen für die Siemens AG tätig und nach der Übernahme der Nixdorf Computer AG durch Siemens im Jahr 1990 mit der Aufgabe als Personalvorstand der Siemens-Nix-

dorf-Computer AG betraut. Im Jahr 2009 verlieh die Fakultät für Wirtschaftswissenschaften an der Universität Paderborn Goth die Bezeichnung Honorarprofessor und würdigte damit u. a. sein langjähriges Engagement in der universitären Lehre. Dank seiner großen Expertise in den Bereichen Personalarbeit, Wirtschaftspolitik und Verbandswesen war er für die Akademie ein wichtiger Ratgeber und ein sehr geschätzter Brückenbauer in die Wirtschaft. Er brachte seinen reichen Erfahrungsschatz durch sachliche Analysen und strategische Überlegungen in die Arbeit des Kuratoriums ein. Sein klarer Verstand, sein besonnener Rat und sein leiser Humor werden dem Kuratorium und mir fehlen. 



Prof. Günther G. Goth

© Daniel Löb / bbw-Gruppe

Ursula Münch

VERÖFFENTLICHUNGEN

Politik

Umbruch, Zerfall und Restauration Der Nahe Osten im Spannungsfeld regionaler Akteure und externer Mächte



Hakan Akbulut,
Steffen Hagemann,
Anja Opitz (Hrsg.)

Umbruch, Zerfall und Restauration

Der Nahe Osten im Spannungsfeld regionaler Akteure und externer Mächte

Nomos, Baden-Baden 2022

ISBN-13: 978-3-8487-7645-0, 279 Seiten

Zehn Jahre nach Beginn der Aufstände in der MENA-Region, beleuchtet dieser Band Ursachen, Stand und Perspektiven der Revolten und rückt dabei die Zielsetzungen und Strategien von ausgewählten Akteuren aus der Region (Ägypten, Saudi-Arabien, Israel) sowie von externen Mächten (USA, EU, Russland, Türkei) in den Mittelpunkt, während Syrien und der Iran Querschnittsthemen darstellen. Hierbei steht das Bestreben im Zentrum, das Zusammenspiel von inneren und äußeren Einflussfaktoren freizulegen und auf diesem Wege auch zu zeigen, wie einerseits externe Faktoren sowohl auf die Region als auch einzelne Staaten einwirken und andererseits innenpolitische Faktoren sich in regionalen wie globalen Beziehungsgeflechten und Entwicklungen niederschlagen.

Mit Beiträgen von:

Hakan Akbulut, Elena Dück, Sherin Gharib, Steffen Hagemann, Helmut Krieger, Gerhard Mangott, Anja Opitz, Wolfgang Tönnemann und Iris Wurm.



Publikationen

Auch seit der letzten Ausgaben des Akademie-Reports sind wieder Beiträge seitens der Direktorin und unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erschienen. Ausgewählte Neuveröffentlichungen – sowohl innerhalb als auch außerhalb unserer Schriftenreihen und sonstigen Akademiepublikationen – wollen wir fortan an dieser Stelle in jeder Report-Ausgabe dokumentieren.

Prof. Dr. Ursula Münch

Beiträge in Sammelbänden oder Fachzeitschriften

- Effektivität und Legitimation föderaler Regierungssysteme. Bewährungsproben und Perspektiven, in: Karl-Rudolf Korte / Martin Florack (Hg.), Handbuch Regierungsforschung, 2. Aufl., Wiesbaden (Springer VS) 2022.

Ungeachtet des offensichtlichen Koordinationsbedarfs sind pauschale Aussagen über die Effektivität oder die Legitimation föderaler Regierungssysteme in Anbetracht der Unterschiedlichkeit der Bundesstaatsmodelle nicht sinnvoll. Aufgrund abweichender Formen des Konfliktaustrags ergeben sich diverse Reibungspunkte zwischen den Grundsätzen der Demokratie und der Bundesstaatlichkeit.



„Living reference work“ derzeit nur zugänglich über Springer Link:
bit.ly/Föderale_Regierungssysteme

- Nach den Wahlen. Analyse der neuen Gemengelage, in: Außerschulische Bildung, 53. Jg. (1/2022), S. 40–43.

Der Beitrag geht im ersten Teil auf einige Besonderheiten der Wahl zum 20. Bundestag ein, wie zum Beispiel das Ausmaß der Personalisierung des Wahlkampfes oder die ungewöhnlich hohe Wechselwahlbereitschaft. Diese Besonderheiten

werden voraussichtlich auch künftige Wahlen prägen. Im Mittelpunkt des zweiten Teils steht die Handlungsfähigkeit der neuen Bundesregierung.

Link zur Volltext-Onlineversion:
<https://fachzeitschrift.adb.de/nach-den-wahlen/>



Dr. Thomas Schölderle

Beiträge in Sammelbänden oder Fachzeitschriften

- Mehr als nur Staatstheorie. Zur literarischen Dimension der klassischen Utopien, in: Der Blaue Reiter. Journal für Philosophie, Nr. 49 (1/2022), S. 72–77.

Klassische Utopien wie *Utopia* von Thomas Morus, *News from Nowhere* von William Morris oder *1984* von George Orwell sind soziale Gedankenexperimente oder Frühwarnsysteme, die den Blick für die Defizite zeitgenössischer Gesellschaften schärfen. Die alternativen Gesellschaftsmodelle werden allerdings nicht in Form politischer Traktate oder theoretischer Abhandlungen präsentiert, vielmehr bedienen sich die Autoren einer Erzählung, einer literarischen Vermittlung. Lange Zeit interessierte sich kaum jemand für die dahinter liegenden Gründe oder interpretatorischen Konsequenzen. Doch bis heute führt die oft selbstgewählte Blindheit zu zahlreichen Missverständnissen.

Weitere Infos unter:
bit.ly/Schöne_Theorie





Namen und Nachrichten aus der Akademie

Direktorin

Der Angriff der Russischen Föderation auf die Ukraine ist nicht nur Gegenstand der Sicherheits- und Außenpolitik, sondern besitzt auch eine im Laufe des Krieges wichtiger werdende innen- und europapolitische Dimension. Das schlägt sich sowohl in der laufenden Arbeit der gesamten Akademie und in diesem Akademie-Report als auch in den Anfragen der Medien an das Kollegium und die Direktorin nieder, die sich über unseren Pressespiegel auf der Webseite der Akademie nachvollziehen lassen.

Im „Café Europa“, das vom Café Luitpold in München organisiert wird, diskutierte **Prof. Dr. Ursula Münch** mit dem Vertreter der EU-Kommission in Deutschland, Dr. Jörg Wojahn, über den Krieg in der Ukraine und seine Folgen für Europa. Mehrere Vortragsanfragen an die Direktorin waren getragen von der Sorge um den Bestand unserer freiheitlichen Demokratie: So ging es u.a. beim Jahresseminar des Lehrgangs für Verwaltungsführung zum Thema „Feindbild Demokratie“ um die Ursachen,

Ausprägungen und Folgen der wachsenden Demokratiefeindlichkeit. Anlässlich der Frühjahrstagung des Bayerischen Volkshochschulverbands e. V., Bezirk Oberbayern, erläuterte Prof. Münch, warum die politische Bildung wichtiger ist denn je.

Bei einem Online-Symposium der Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung analysierte sie die Ursachen der Unterrepräsentanz von Frauen in Führungspositionen und diskutierte mit den Teilnehmerinnen mögliche Ansätze zur Lösung des Problems. An der Universität der Bundeswehr München hielt sie – in Präsenz – ein Bachelorseminar über das politische System der Bundesrepublik sowie eine Veranstaltung im MBA-Programm „Public Management“. Zum ersten Mal wurde sie als Dozentin für die Bayerische EliteAkademie tätig, einer Ende der 1990er Jahre gegründeten Stiftung der freien Wirtschaft, – und zwar mit einem Seminar über die Besonderheiten der bundesdeutschen Politik.

Tiefgang am See